



Antragsmappe

3. Schüler:innenparlament

(Stand 11. März 2024)

GO-Antrag: Digitalisierung des SiPs!	4
GO-Antrag: Neutralität des Vorsitzes	5
GO-Antrag: Keine Beeinflussung durch Personen in Funktionen	6
GO-Antrag: Vorbild? Ja bitte!	7
GO-Antrag: Zeit sparen leicht gemacht!	8
GO-Antrag: Für ein demokratischeres SiP	9
GO-Antrag: SIP, aber effizient!	10
GO-Antrag: SIP, aber respektvoll.	11
GO-Antrag: SIP, aber für Schüler:innen!	12
1. Legahsteni	13
2. Du bist nicht du wenn du hungrig bist	14
3. „Das Internet ist für uns alle Neuland“	15
4. SIP – aber richtig!	17
5. Mitschreiben nach wunsch	19
6. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt	20
7. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft	21
8. Menstruationsartikel auf Toiletten – ein Grundbedürfnis!	23
9. Mehr Bildung für „Was nach der Schule?“	24
10. Antrag „Mehr Aufklärung, mehr Neutralität! “	25
11. Modernisierung des Notensystems!	26
12. Verpflichtende Doppelkorrektur bei einer negativen Sprach-Matura	27
13. Moderne Lehrkräfte	28
14. Digitalisierung und KI an Schulen	29
15. Der Weg zur Europäischen Schule	30
16. Softskills in die Schule	32
17. Matura ohne Nervenzusammenbruch	33
18. Gläserne Note	34
19. Schulen brauchen Unterstützung	35
20. Wann kommen wir in der Zukunft an	36
21. 360° Feedback an Schulen	37
22. Politische Bildung als Pflichtfach	38
23. Schulweg leistbar gemacht	39
24. Modulsystem jetzt!	40
25. Erdbeerwoche – kein Problem!	41
26. Methodenvielfalt im Unterricht: Von Langeweile zu Lebendigkeit – Lebhaftes Lernen!	42
27. Lerne was dich interessiert!	43
28. Let’s talk about sex, baby!	44
29. Selbstdisziplin und Emotionale Intelligenz	45
30. Mobilität muss leistbar sein!	47
31. Privatschulen in Wien verbieten	48
32. Ich will auch mal im Recht sein!	50
33. Aufklärung der verschiedenen Schultypen in der Unterstufe	51
34. Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus an Schulen stoppen!	52

Antrag

35.	Europatag in allen Schulen	54
36.	Lehrer:in, aber attraktiv!	55
37.	Richten wir den Blick in die Ferne!	56
38.	Nutzen wir endlich die digitale Infrastruktur!	57
39.	Mit vollem Magen lernt sichs nicht!	58
40.	Einzelne Klassen überspringbar machen	59
41.	Schulsport an die Interessen der Schülerinnen und Schüler anpassen	60
42.	Urrrrr viel Kribbeln	62
43.	Socialmedia macht krank - Tun wir was dagegen!	63
44.	Bildungssystem 2.0	64
45.	Licht an in dunklen Zeiten!	66
46.	Es ist 12: Klimafitte Schulen jetzt!	68
47.	Was, wir haben Rechte?!	70
48.	Unterlassene Hilfeleistung	71
49.	Kochunterricht für eine ganzheitliche Schüler:innenentwicklung	72
50.	Eine Beurteilung so individuell wie wir	73
51.	Taste your words before you spit them out!	74
52.	Gleichberechtigung im Klassenraum aber 2024	76
53.	Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.	78
54.	G'scheid Wirtschaften für Alle!	79
55.	Mitbestimmung auf allen Ebenen.	80
56.	Macht Diskriminierung Schule?	81

GO-Antrag: Digitalisierung des SiPs!

Antrag von: **Paul Harms**, HLTW13 Bergheidengasse

Jedes SiP das gleiche. Bei Erweiterungsanträgen, Änderungsanträgen und Wortmeldungen muss man nach vorne Laufen, sich von 2-3 anderen Schülern stoßen lassen und eine leicht überforderte linke Hand nimmt einem die Zettel ab. Nach einem völlig intransparenten Weg von der linken Hand zum Vorsitz muss dieser mit unlesbarer Handschrift geschriebene Anträge vorlesen. Warum machen wir das so? Das System wie es jetzt ist, ist schlecht für die Umwelt wegen dem Papierverbrauch, Intransparent und leicht zu Manipulieren und obendrein nicht barrierefrei. Schüler:innen im Rollstuhl haben keine Chance im SiP aktiv und eigenständig im SiP mitzuwirken durch dieses System. Und in anderen Bundesländern? In anderen Bundesländer gibt es das SiP schon völlig digital, aber in Wien hat man anscheinende keine Lust ein umweltschädliches, intransparentes und nicht barrierefreies System endlich abzuschaffen. Deshalb fordere ich:

Forderungen:

- Einführung des § 15 (alle darauffolgenden Paragraphen werden um eine Ziffer erhöht.) Die Einreichung von Erweiterungsanträgen, Abänderungsanträgen, Streichungsanträgen, Anträge auf Vorziehung, Anträge auf Schluss der Debatte, Anträge auf Schluss der Rednerliste und Anträge auf Vertagung der Debatte in einem SiP-Ausschuss erfolgen digital.
- Diese sollte geschehen nach dem Vorbild des Niederösterreichischen und Oberösterreichischen SiP.

GO-Antrag: Neutralität des Vorsitzes

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

Die Neutralität und Unparteilichkeit bei der Leitung des SIPs müssen durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden immer gewährleistet sein. Indem der Vorsitzende sich während des Vorsitzes der Debatte enthalten muss und weder Wortmeldungen noch Anträge zum Hauptantrag stellen darf, wird sichergestellt, dass er oder sie nicht die Debatte beeinflusst oder Partei ergreift. Ein solches Partei ergreifen kann auch ihrer oder seiner Stellung innerhalb des Gremiums, sowie dem Ablauf des SIPs schaden. Fühlt sich jedoch die oder der Vorsitzende auf Grund der Debatte verpflichtet zu dem Thema Stellung zu nehmen kann sie oder er dies tun. Sollte die oder der Vorsitzende den Vorsitz wechseln, um eine Wortmeldung zu halten oder einen Antrag zum Hauptantrag zu stellen, wird ihr oder ihm untersagt, den Vorsitz bis nach der Abstimmung des Hauptantrages wieder aufzunehmen, um Interessenkonflikte zu vermeiden und die Integrität des Entscheidungsprozesses zu wahren. Diese Regelung bleibt so lange in Kraft, bis keine vorsitzberechtigte Person anwesend ist, um einen reibungslosen Ablauf der Sitzung sicherzustellen.

Forderungen:

- Einführung eines neuen Unterabschnittes des § 8.

§ 8a. Der/Die Vorsitzende hat sich während des Vorsitzes der Debatte zu enthalten und weder Wortmeldungen noch Anträge zum Hauptantrag zu stellen. Sollte der/die Vorsitzende jedoch seinen/ihren Vorsitz wechseln, um eine Wortmeldung zu halten oder einen Antrag zum Hauptantrag zu stellen, ist es ihm/ihr untersagt den Vorsitz bis nach der Abstimmung des Hauptantrages wieder aufzunehmen. Diese Regelung ist nur so lange in Kraft, bis keine vorsitzberechtigte Person anwesend ist.

GO-Antrag: Keine Beeinflussung durch Personen in Funktionen

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

Der Grund für diese Erweiterung der GO durch einen Unterabschnitt des §31. liegt darin, sicherzustellen, dass Mitglieder der Landesschüler:innenvertretung, die während einer Abstimmung den Vorsitz oder andere organisatorische Aufgaben wie die Schriftführung oder die Technikleitung innehaben, somit für alle ersichtlich eine Aufgabe ausführen, ihre Neutralität bewahren und nicht in Interessenskonflikte geraten. Indem diesen Mitgliedern ihre öffentliche Stimmabgabe untersagt ist und ihre Stimmen mündlich beim Vorsitz abgegeben werden müssen, wird verhindert, dass sie ihre Position missbrauchen oder Einfluss auf das Ergebnis der Abstimmung nehmen. Da keine Delegierte und kein Delegierter außerhalb der inhaltlichen Debatte beeinflusst werden sollte. Insgesamt würde dieser GO-Paragraph Transparenz, Fairness und Objektivität im Entscheidungsprozess der Delegierten fördern.

Forderungen:

- Einführung eines neuen Unterabschnittes des **§ 31**.

§ 31a. Mitglieder der Landesschüler:innenvertretung, die zum Zeitpunkt der Abstimmung den Vorsitz, linke Hand, rechte Hand, Technik oder Schrift führen ist es untersagt nach **§ 31**. abzustimmen. Ihre Stimmen sind mündlich beim Vorsitz abzugeben.

GO-Antrag: Vorbild? Ja bitte!

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

Die Geschäftsordnung des SIPs, unser Regelwerk, um einen respektvollen Umgang untereinander beim SIP zu gewährleisten. Die LSV Wien Mitglieder sollten die GO am besten von allen kennen und sich in ihrer gewählten Rolle als Vertreterinnen und Vertreter auch wie Vorbilder verhalten. Sollten diese nun wissentlich oder nicht gegen die GO verstoßen, sind sie sofort als Maßnahme des Saales zu verweisen. Es kann nicht sein, dass eine Person mit Vorbildfunktion absichtlich den respektvollen und inhaltlichen Ablauf des SIPs durch Ordnungsrufe gefährdet, obwohl sie mit den Regeln bestens vertraut ist.

Forderungen:

- Erweiterung des § **9a.** um eine **lit.**
 - f)** bei Mitgliedern der Landeschüler:innenvertretung Wien nach einem Ordnungsruf.

GO-Antrag: Zeit sparen leicht gemacht!

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

Die Begrenzung auf zwei Vorziehungsanträge pro Debatte eines Hauptantrags dient dazu, den Sitzungsablauf effizient zu gestalten und sicherzustellen, dass die Debatte nicht durch eine Vielzahl von Vorziehungsanträgen unterbrochen wird. Zeit ist unser wichtigstes Gut beim SIP es begrenzt die Anträge, durch welche wir Forderungen an die Politik stellen, sowie generell Themen, die besprochen werden können. Die Möglichkeit der Vorziehung ist wichtig, manche Themen werden erst kurz vom SIP aktuell und zwei Drittel der Anwesenden möchten diesen vorziehen oder ein Antrag, der sich im hinteren Teil der Antragsmappe befindet, ist interessant. Die Begrenzung auf zwei Vorziehungsanträge pro Hauptantrag spart genau unser wichtigstes Gut, Zeit und sorgt zudem für einen effizienten Sitzungsablauf. Trotzdem ist sichergestellt, dass Delegierte interessante Anträge vorziehen können.

Forderung:

- Abänderung des § 23. auf:

§ 23. Ein Antrag auf Vorziehung eines Hauptantrages ist schriftlich und formgerecht beim Präsidium einzubringen. Ein solcher darf nur einmal pro Sitzung und Antrag eingebracht werden. Der:Die Antragssteller:in hat drei Minuten Zeit zu erläutern, warum eine Vorziehung gerechtfertigt ist. Stimmen zwei Drittel der Delegierten für einen solchen Antrag, ist der betroffene Hauptantrag sofort zu behandeln. Nach einer Debatte eines Hauptantrages wird nur über zwei Vorziehungsanträge abgestimmt, ehe man zum nächsten Antrag übergeht.

GO-Antrag: Für ein demokratischeres SiP

Antrag von: **Sophie Wöhler**, HLW23 | **Clemens Schütz**, Grg23 Draschestraße | **Levi Lansky**, VES | **Janina Gagliano**, Bafep21

Der gesamte Ablauf des Schüler_innenparlamentes ist in einem Dokument geregelt: der Geschäftsordnung. Diese ist jedoch bei weitem nicht perfekt: Wie soll sie denn auch sein? Vieles, was sich theoretisch sehr gut oder wichtig anhört, ist in der Praxis oft gar keine gute Idee. Das ist auch nicht zu erwarten. Selbst die inzwischen beinahe 50 Jahre alte Geschäftsordnung des Nationalrates, welche von Rechtsexpert_innen verfasst wurde, wird immer noch 1 - 2 Mal pro Jahr geändert. Wir, im SiP, haben dafür den GO-Ausschuss, an dem jede_r teilnehmen kann. Dort wird - ganz im Sinne der Demokratie - vorgestellt, debattiert und dann darüber abgestimmt. So funktioniert der Parlamentarismus schließlich: Niemand kann irgendetwas sagen, ohne dass andere es öffentlich widerlegen können. So hört man immer alle Seiten und kann die beste Entscheidung treffen. Schlussendlich entscheidet dann der GO-Ausschuss mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit darüber, welche Anträge sinnvoll und gut sind. Im nächsten Schritt ist unsere Geschäftsordnung eben nicht perfekt: Im SiP wird dann nämlich noch einmal über diese Anträge abgestimmt - diesmal aber ohne Debatte. Das ist auch wichtig - So kontrollieren wir alle zusammen sozusagen unsere Geschäftsordnung. Allerdings braucht es hier wieder eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit. Wenn nun eine Gruppierung die Debatte im GO-Ausschuss aufgrund fehlender oder anfechtbarer Argumente verloren hat, so bietet diese Lücke eine Möglichkeit: Man kann dann nämlich einfach in privaten Gesprächen Menschen überzeugen. Diese werden dann aber nie die Gegenseite hören - ganz im Gegensatz der Demokratie. Eigentlich müsste man nach dem GO-Ausschuss aber keine der beiden Seiten hören. Schließlich gibt es eine klare Aufgabenverteilung: Der GO-Ausschuss entscheidet darüber, ob ein Antrag gut ist - das SiP entscheidet, ob der Antrag gegen die Prinzipien der Demokratie verstößt. In einem solchen Fall sollte doch mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten dagegen sein, oder? Also - Schließen wir gemeinsam diese Hintertür in unsere Geschäftsordnung und machen unser SiP noch demokratischer.

Forderungen:

- Abänderung des § 44a auf: "Es wird über jeden einzelnen GO Antrag ohne Debatte abgestimmt. Die Geschäftsordnung ist geändert, wenn der Bericht des GO-Ausschusses im darauffolgenden SiP mit einfacher Mehrheit angenommen wird."

GO-Antrag: SIP, aber effizient!

Antrag von: **Victoria Korbil**, GRG5 | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | Arman Shariat, VBS Akademiestraße | **Vinzez Matyk**, BGRG8

Mehr Schulsupportpersonal, Mehr Digitalisierung und politische Bildung. Alles unglaublich wichtige Forderungen, weswegen sie jedes Jahr in der ein oder anderen Form vom SIP beschlossen werden. Und dass nicht nur einmal...

Während es zwar toll ist, dass so wichtige Punkte im Schüler:innenparlament Gehör finden, ist es eine Verschwendung wertvoller Zeit, wenn sie, obwohl in diesem Jahr schon positiv abgestimmt wurden, nochmal gefordert werden, und doch passiert das extrem oft, denn solche Anträge werden leider oft von Schüler:innenorganisationen zur Selbstdarstellung und zur Präsentation ihrer Kandidat:innen verwendet. Diese GO-Änderung sorgt ganz einfach für mehr Effizienz, damit wir alle noch mehr Zeit haben wirklich über verschiedenste dringende Änderungen in unserem Schulsystem diskutieren.

Forderungen:

- Änderung des §18a zu: **§18a**. Forderungspunkte, die in einer Sitzung des SIP positiv abgestimmt wurden, dürfen nicht erneut im selben Schuljahr eingereicht werden. Hauptanträge, die in einer Sitzung des SIP debattiert wurden, dürfen nicht erneut im selben Schuljahr eingereicht werden.

GO-Antrag: SIP, aber respektvoll.

Antrag von: **Lisa Gubler**, pG Infinum | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Vinzez Matyk**, BGRG8

Die Anträge und Schluss der Debatte und Schluss der Redner:innenliste sind sehr sinnvoll, und ein wichtiger Bestandteil des SIPs, denn sie erlauben Delegierten darüber abzustimmen, ob diese weiterhin über ein Thema diskutieren wollen, oder der Meinung sind, dass bereits genug gesagt wurde. Wenn ein solcher Antrag aber gestellt, und nicht angenommen wurde, halten wir es für sinnvoll, dass eine kurze Wartefrist besteht, bis ein solcher Antrag nochmal gestellt wird, denn sonst besteht die Möglichkeit, das SIP mit solchen Anträgen zu bombardieren, was nicht nur unhöflich, sondern auch zeitraubend wäre.

Forderungen:

Änderung des §24 auf: **§24**. Es gibt die Möglichkeit nach 20-minütiger Debatte – oder nach zehn Minuten mit Zustimmung des:der Antragsteller:in – einen Antrag auf Schluss der Debatte zu stellen. Dieser ist schriftlich, mit dem zur Verfügung gestellten Formular bei dem:der Vorsitzenden, einzubringen. Sollte der Antrag angenommen werden, verfallen alle offenen, bisher eingebrachten Wortmeldungen zur aktuellen Debatte und es folgt sofort die Abstimmung. Zur Annahme eines solchen Antrags ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Falls ein solcher Antrag nicht angenommen wird, ist 5 Minuten zu warten bis über einen etwaigen nächsten abgestimmt werden kann.

Änderung des §25 auf: **§ 25**. Es gibt die Möglichkeit nach 10-minütiger Debatte einen Antrag auf Schluss der Redner:innenliste zu stellen. Dieser ist schriftlich, mit dem zu Verfügung gestellten Formular bei der linken Hand, einzubringen. Sollte der Antrag angenommen werden, ist es nicht mehr möglich sich auf die Redner:innenliste zu schreiben. Die Personen, die bis dahin bereits auf der Redner:innenliste stehen, dürfen ihre Wortmeldung noch halten. Zur Annahme eines solchen Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Falls ein solcher Antrag nicht angenommen wird, ist 5 Minuten zu warten bis über einen etwaigen nächsten abgestimmt werden kann.

GO-Antrag: SIP, aber für Schüler:innen!

Antrag von: **Victoria Korbziel**, GRG5 | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Lisa Gubler**, pG Infinum

Wer nur in die Antragsmappe schaut, der könnte fast glauben, dass alle Anträge am SIP gescheit formatiert und brav von den genannten Antragssteller:innen eingesendet wurden. Doch nimmt man einen Blick hinter die Kulissen, schaut das plötzlich ganz anders aus:

Leider werden Anträge allzu oft nicht von bildungspolitisch Interessierten Schüler:innen eingebracht, sondern von Spitzenfunktionär:innen aus Schüler:innenorganisationen, die teilweise schon vor Jahren maturiert haben! Das ist jedoch nicht das Ziel, eigentlich sollten Anträge wirklich von Schüler:innen kommen! Zusätzlich wollen wir mit der Änderung, dass die auf der Website verfügbare Antragsvorlage benutzt werden muss, erreichen, dass die LSV ihre Zeit nicht wiederholt mit formatieren und strukturieren eingeschickter Anträge verschwenden muss, sondern sich auf ihre wirkliche Aufgabe fokussieren kann: Wien Schüler:innen vertreten!

Forderungen:

Änderung des §18 auf: **§18**. Ein Hauptantrag kann frühestens 30 Tage vor und spätestens vierzehn Tage vor einer Sitzung des Schüler:innenparlaments jeweils um 20:00 Uhr bei der LSV schriftlich, unter Verwendung der auf der Webseite der LSV-Website erhältlichen Antragsvorlage, von einem:einer der Antragssteller:innen unter der Angabe des Namens und der Schule des/der Antragsteller:in, per E-Mail an sip@lsvwien.at eingebracht werden. Hierfür muss ein von der Schule zur Verfügung gestellter E-Mail-Account verwendet werden.

1. Legastheni

Antrag von: **Lena Kopeinig**, Hagenmüllergasse | **Lorenzo Eder**, Grg Contiweg

Legasthenie ist nicht einfach nur eine Herausforderung beim Lesen und/oder Schreiben. Es ist eine spezifische Lernschwierigkeit, die viele Schüler:innen in unseren Schulen betrifft und deren schulische Leistungen und Selbstbewusstsein stark beeinflussen kann. Trotz ihrer Intelligenz und ihres Potenzials stoßen diese Schüler:innen auf Hindernisse, die ihre Bildungschancen ungerecht einschränken.

Forderung:

- In der Sekundarstufe 2 muss die Legasthenie verpflichtend bei schriftlichen Prüfungen berücksichtigt werden. Basis ist ein positiver Legasthenie Bescheid.
- Verpflichtende Schulung für Lehrkräfte zum besseren Verständnis von Legasthenie und zum Umgang mit betroffenen Schüler:innen.
- Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen wie spezielle Lernmaterialien und Zugang zu Lerntherapien oder Tutoring.

2. Du bist nicht du wenn du hungrig bist

Antrag von: **Levi Lansky**, VES Paulinengasse

Als unfreundlichste Stadt der Welt sind wir Wiener:innen bekannt für unseren (meist) gutgemeinten Grant. Der kann ja auch manchmal ganz charmant sein – weniger reizvoll wird er allerdings, wenn man hungrig ist. Nicht nur kennen das die meisten aus persönlicher Erfahrung, auch zahlreiche Studien bestätigen es: Wenn man „hangry“ ist, leidet darunter die eigene Stimmung und damit auch die des sozialen Umfelds. Das ist vielerorts ungünstig, aber erst recht im Klassenzimmer.

Leider herrscht an manchen Schulen ein kompletter Mangel an Möglichkeiten, seinen Hunger in einer leistbaren und gesunden Form zu stillen. Natürlich könnte man sich auch selbst vor Schulanfang Essen besorgen, aber nicht alle haben die Zeit oder das Geld dafür. Sie müssen dann bis Schulende oder zumindest bis zur langen Pause ohne eine Mahlzeit auskommen. Das ist nicht nur für die Klassendynamik schädlich, es beeinträchtigt auch einen effektiven Lernprozess. Denn dieser kann durchaus intensiv sein und uns Schüler:innen schnell erschöpfen. Mit adäquater Ernährung kann dem entgegengewirkt werden.

Viele Schulen lösen das, indem sie durch Automaten oder eine Kantine allen Schüler:innen eine Auswahl an leistbaren Speisen und Getränken anbieten. Doch es ist nicht nur wichtig, dass man isst, sondern auch, was man isst. Leider fehlt selbst Schulen mit Essensmöglichkeiten ein gesundes und zeitgemäßes Ernährungsangebot. Dadurch wird Schüler:innen, die sich gesund ernähren wollen, das Leben schwer gemacht – und generell unsere Gesundheit außen vor gelassen.

Forderungen:

- Garantierte Essensmöglichkeiten an allen Wiener Schulen mit einem leistbaren, nachhaltigen und gesunden Angebot an Speisen und Getränken.

3. „Das Internet ist für uns alle Neuland“

Antrag von: **Amir Salman**, GRG21 | **Lorenz Unger**, GRG 19 | **Manuel Jonovic**, BORG 3 | **Alexis Küntzel**, GORG 20

„Bei mir in der Stunde schreibts ihr sicher nicht am Laptop!“, „Die Hausübung könnt's ihr von der Tafel abschreiben, ich benutz das Untis nicht!“, „Ja ich hab die Folien nur für Overheadprojektor, kann den wer reinholen?“ Sätze, die man zu oft noch an Wiener Schule hört. Von einer Digitalisierungsoffensive spürt man hier nichts. Natürlich ist das nicht der Regelfall und es wird an manchen Schulen schon daran gearbeitet, die Digitalisierung voranzutreiben, aber das ist bei weitem noch nicht genug für das 21. Jahrhundert.

Es beginnt bei der Zugänglichkeit zu digitaler Infrastruktur in den Schulen. Der Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet, sowie notwendigen Geräten muss flächendeckend fertiggestellt werden. Dabei dürfen Indexschulen nicht kürzer als Privatschulen kommen. Genauso ist es zu spät um erst die jüngeren Jahrgänge mit der nötigen Infrastruktur zu versorgen, es muss auch möglich sein noch in der Oberstufe auf den Unterricht mit Laptops bzw. Tablets umzusteigen.

Damit Schüler:innen zu digital mündigen Bürger:innen werden, reicht aber nicht allein die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur, es braucht auch die Ausbildung daran. Dass Schüler:innen Schreibschrift lernen aber nicht effizient auf einer Tastatur tippen können, kann nicht sein. Weiter sollte künstliche Intelligenz sowie digitale Medien sollten vermehrt im Unterricht thematisiert werden. Anstatt sie zu stigmatisieren und aus der Schule fernzuhalten, ist es wichtig, sie bewusst in den Schulalltag zu integrieren. Es kann nicht sein, dass in den Schulen versucht wird, eine Realität zu schaffen, in der es keine künstliche Intelligenz sowie digitale Hilfsmittel gibt. Hier muss sich das Bildungssystem an die Veränderungen der heutigen Zeit anpassen.

Doch nur geschultes Personal schafft es, all das Schüler:innen auch näher zu bringen. Deshalb braucht es kurz- bzw. mittelfristig vermehrt Fortbildungen für Lehrkräfte im digitalen Bereich. Langfristig ist jedoch klar, dass Digitalisierung auch einen Platz im Lehramtsstudium braucht.

Forderungen:

- Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet an Schulen.

Antrag

- Wir fordern die flächendeckende Ausstattung von Schüler:innen mit Laptops bzw. Tablets, dieser darf nicht nur auf neue erste Klassen beschränkt sein.
- Wir fordern die flächendeckende Integration von digitalen Endgeräten in den Unterricht.
- Wir fordern, dass das 10-Finger-System in der Schule gelehrt wird.
- Wir fordern, dass die Chancen sowie Risiken von digitalen Medien vermehrt im Unterricht behandelt werden.
- Wir fordern die Thematisierung und Verwendung von künstlicher Intelligenz im Unterricht.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte im digitalen Bereich geschult werden und langfristig Digitalisierung im Lehramtsstudium behandelt wird.

4. SIP – aber richtig!

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG 19 | **Karia Acaris**, De La Salle Marianum | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Alexis Küntzel**, GORG 20 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Das SIP. Der Anlass zu dem sich die interessierten Schüler:innen 4-mal im Jahr treffen, um über Veränderungen in der Schule zu fantasieren. Denn leider wird dieses Zusammentreffen nur zu gerne als Wahlkampf oder Networking-Event missbraucht.

Einige Wochen vor dem ersten SIP dieses Schuljahres kam von einer Organisation der Vorstoß, das Wiener Schüler:innenparlament gesetzlich zu verankern, dieser Vorstoß wurde von allen anderen Organisationen, und einer unglaublichen Mehrheit der Wiener Schüler:innenvertreter:innen stark unterstützt, und es wurde allseits gehofft, dass der Vorstoß funktioniert.

Doch leider nahm die Professionalität und der gute Wille in diesem Thema schnell ab, und es ging den Initiator:innen nicht mehr darum, das Schüler:innenparlament zu verankern, sondern nur noch um Wahlkampf und Selbstdarstellung. Es wurden dramatische Reels gedreht, Grafiken von Landtagsabstimmungen veröffentlicht, wie man es sonst nur aus reißerischen Schlagzeilen kennt, und ein offener Brief ins Leben gerufen, der komplett am Problem vorbeigeht, und in Teilen mit Halbwahrheiten gespickt ist. Das einzige, was nicht passiert ist? Ehrliche Gespräche mit der LSV oder anderen Organisationen.

Es ist ein unglaubliches Privileg, dass wir hier die Möglichkeit haben, in der Form von Schüler:innenparlamenten unsere Ideen einzubringen, aber gerade ist das SIP weit davon entfernt seiner Bestimmung gerecht zu werden, vor allem, was die Endfassung vieler Anträge betrifft. Denn während die Anträge fast immer inhaltlich gut und wichtig sind, sind die Forderungspunkte oft vage, unübersichtlich gestaltet, und befinden sich fast nie im Einflussbereich der LSV oder des Gemeinderats bzw. Landtags. Und dass, obwohl das Schüler:innenparlament so viel Potential für wichtige Forderungen hätte!

Deswegen ist es extrem wichtig genau hier, mit Reformen anzusetzen, und laden hierzu alle Organisationen und Privatpersonen herzlich ein. Denn man kann nur wirklich etwas verändern, wenn man zusammenarbeitet, und egoistische Gedanken wie einen Wahlkampf, für die langfristigen und bedeutenden Veränderungen beiseitelegt!

Forderungen:

- Wir fordern die LSV Wien auf, einen Plan zu entwickeln, wie Anträge des Schüler:innenparlaments in eine den Anforderungen des Wiener Gemeinderats und Landtags würdige Form gebracht werden sollen.
- Wir fordern die LSV Wien auf, die in vielen Teilen fragwürdig formulierte Geschäftsordnung des Wiener Schüler:innenparlaments zu überprüfen und Verbesserungsvorschläge in Form von GO-Anträgen einzubringen.
- Wir fordern die LSV Wien auf, sich, sowohl bei anderen LSVen als auch generell über alternative (v.a. digitale) Möglichkeiten der Antragseinreichung vor Ort und der Abstimmungsprozedur zu informieren und eine mögliche Umsetzung in Wien zu prüfen.

5. Mitschreiben nach Wunsch

Antrag von: **Lorenzo Eder**, Contiweg

Wir alle kennen dieses Phänomen. Der Lehrer bzw. die Lehrerin fordert uns auf etwas mitzuschreiben und wir schreiben es brav auf einem Zettel auf und dieser verschwindet nach dem Unterricht für immer. Daher fordere ich den Schülerinnen und Schüler die Wahl zwischen digitalen und analogen Aufzeichnungsmethoden zu ermöglichen. Diese Entscheidung bietet viele Vorteile, die unsere schulische Erfahrung bereichern können.

Die individuellen Lernpräferenzen der Schüler:innen sollten berücksichtigt werden, denn nur man selbst weiß, wie man am effizientesten lernt. Einige ziehen es vor, digitale Geräte wie Laptops oder Tablets für Mitschriften zu verwenden, während andere die traditionelle Methode mit Stift und Papier bevorzugen. Die Möglichkeit der Wahl würde sicherstellen, dass nach den eigenen individuellen Bedürfnissen gelernt werden kann.

Digitale Mitschriften können dazu beitragen, den Lernprozess zu organisieren und zu optimieren. Die Suchfunktionen und die leichte Zugänglichkeit von digitalen Notizen würden den Lernprozess effizienter gestalten. Die Option zur digitalen Mitschrift kann auch Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen unterstützen. Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten könnten von digitalen Hilfsmitteln profitieren.

Die Förderung der digitalen Fähigkeiten ist in der heutigen Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Entscheidung, digitale Mitschriften zu ermöglichen, würde auf die Anforderungen der modernen Welt vorbereiten.

Forderungen:

- Möglichkeit, ab der 9. Schulstufe frei entscheiden zu dürfen, ob die Mitschrift vom Unterricht digital (z.B. mit Laptop/Tablet), oder analog erfolgt

6. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Deniz Helienek**, GRG22 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße |

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler:innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler:innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler:innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler:innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater:innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden

7. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft

Antrag von: **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Amir Salman**, GRG21 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22

In der Zeit nach Corona, in der über staatliche Förderungen und die hohe Inflation diskutiert wird, ist eine gute Wirtschafts- und Finanzbildung umso wichtiger. Es kann nicht sein das in ganz Österreich Experten über die Zukunft der Wirtschaft debattieren und in den Schulen Stillschweigen herrscht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass alle Schüler:innen die Instrumente und das Wissen mit auf den Weg bekommen, um ein finanziell mündiges Leben führen zu können. Nur wer sich in unserem Wirtschafts- und Finanzsystem auskennt, kann mündige Entscheidungen treffen. Diese so wichtige Bildung dürfen wir nicht ausschließlich Banken und Unternehmen überlassen, die natürlich auch ein Eigeninteresse haben. Schon jetzt werden seitens des Bildungsministeriums Schritte in die richtige Richtung gemacht, dennoch muss hier Druck ausgeübt werden, um den Prozess zu beschleunigen, aber auch Input seitens der Schüler:innen zu liefern.

Zu einer guten Wirtschafts- und Finanzbildung gehört einerseits das mikroökonomische und andererseits das makroökonomische Verständnis. Es soll nicht an den Banken liegen, Kredite, Zinsen usw. zu erklären.

Es ist aber mindestens genauso wichtig, Wirtschaftssysteme zu verstehen, um sich eine Meinung bilden zu können. Hier muss vermehrt schon in der Pflichtschule angesetzt werden, im Rahmen des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts, damit auch Menschen mit Pflichtschulabschluss ein Gefühl für Geld und die Mechanismen unserer Wirtschaft bekommen. Darüber hinaus braucht es, um mehr in die Tiefe gehen zu können, ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, sollte es noch kein ähnliches Fach in der Schule geben.

Neben klassischen Begriffen und Systemen soll auch gelernt werden, wie man verantwortungsvoll mit Geld umgeht. Dabei spielen die richtigen Tools zur Meisterung von wirtschaftlichen Herausforderungen und das Planen eines Haushaltsbudgets natürlich mit. Genauso wichtig zu lernen ist aber auch, dass Geld nicht mehr sondern oft weniger wird, wenn es auf der Bank liegt. Deshalb müssen die Chancen, aber auch Risiken der verschiedenen Anlagemöglichkeiten eine Rolle spielen. Um risikolos mit dem Finanzsystem in Kontakt zu kommen, soll es Schüler:innen ermöglicht werden, gemeinsam an Börsenspielen teilzunehmen. Was jedoch auch thematisiert werden muss, ist die Rolle von Aktien und anderen Anlagemöglichkeiten bei der privaten Pensionsvorsorge, denn die Schüler:innen müssen jetzt

schon darauf vorbereitet werden, dass sie ihre Pensionsvorsorge womöglich selbst in die Hand nehmen müssen.

Forderungen:

- Wir fordern, dass schon in der Pflichtschule im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ein grundlegendes Verständnis sowohl für mikroökonomische als auch makroökonomische Zusammenhänge gelehrt wird.
- Wir fordern in der Sekundarstufe II die Einführung des Fachs „Wirtschafts- und Finanzkunde“, sollte es nicht bereits ähnliche Fächer geben.
- Wir fordern die verstärkte Thematisierung von Tools zur Meisterung wirtschaftlicher Herausforderungen (Verträge, Bankwesen, Steuern, Insolvenz, Förderungen, usw.), der Planung eines Haushaltsbudgets, Anlagemöglichkeiten und privater Pensionsvorsorge.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Börsenspiel im Rahmen des Unterrichts.
- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv an dem Prozess der Implementierung von Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule beteiligt.

8. Menstruationsartikel auf Toiletten – ein Grundbedürfnis!

Antrag von: **Sophie Wöhler**, HLW23 Sta. Christiana

Eine menstruierende Person gibt in ihrem Leben ca. 3400€ für Menstruationsartikel aus. Eine Ausgabe, die sich vor allem Jugendliche nicht immer leisten können. Keine jugendliche Person sollte sich zwischen dem Kauf von Binden und Tampons und einer Freizeitaktivität entscheiden müssen. Keine jugendliche Person sollte es sich leisten müssen und keine jugendliche Person sollte sich schämen müssen, wenn sie es sich nicht leisten kann. Ein Weg diese Belastung zu erleichtern wäre eine Einführung von Menstruationsartikel an den Toiletten Wiener Schulen – ein Projekt, dass viele Schüler_innenvertretungen versuchen umzusetzen. Doch es darf nicht von der Gnade der Schulleitung abhängen, ob dieses Projekt realisiert werden kann. Das Entgegenkommen der Schulleitungen ist meistens eine Box mit Binden und Tampons an einer oder wenigen Toiletten – aber nur für Notfälle. Das ist ja an sich schön und gut, aber es löst nur das Problem einer überraschend eintreffenden Periode und nicht das Problem der finanziellen Belastung. Allerdings sind Binden und Tampons nicht die einzigen, zwar die am häufigsten verwendeten, Menstruationsartikel, die es gibt. Doch viele Schüler_innen wissen gar nicht richtig über die vielfältige Auswahl Bescheid, da das Thema „Menstruation“ im Jahr 2024 noch immer ein gesellschaftliches Tabu ist und nur nicht-menstruierende Personen das Privileg haben sich nicht damit auseinander setzen zu müssen. Für eine Enttabuisierung muss jeder über das Thema Bescheid wissen. Es ist ein kleiner Schritt Menstruationsartikel auf Toiletten zur Verfügung zu stellen, doch es wird eine unterbewusste große Wirkung mit sich bringen, wenn Binden und Tampons endlich so normal werden wie Klopapier.

Forderungen:

- Einführung von gratis Menstruationsartikel auf den Toiletten in allen Wiener Schulen
- Möglichkeit der Abholung eines Wärmekissens gegen Schmerzen bei der Schulärztin/dem Schularzt oder im Sekretariat an allen Schulen Wiens
- Aufklärung und Enttabuisierung des Themas „Menstruation“ im naturwissenschaftlichen Unterricht

9. Mehr Bildung für „Was nach der Schule?“

Antrag von: **Paul Harms**, HLTW13 Bergheidengasse

Was machst nach der Schule? Diese Fragen bekommen viele Schüler:innen der Abschlussklassen immer wieder zu hören, sei es von Eltern, Verwandten, den Lehrpersonal etc. Doch meist kommt die Antwort, erstmal Zivildienst, Bundesheer oder Freiwillig-Soziales-Jahr oder es kommt ein „keine Ahnung, woher soll ich das wissen“. Und diese Aussagen sind beide berechtigt. Es fehlt vielen an Perspektive und auch an Träumen und Wünsche, was man mit seinem Leben nach der Schule anfangen will. Deshalb ist es so wichtig von Beginn zuerst Volksschulkindern ihre Träume und Wünsche ausformulieren zu lassen und dann in der Sekundarstufe II jedes Jahr über Berufsorientierung, Berufswahl im Rahmen der Schule zu sprechen. Deshalb fordere ich:

Forderungen:

- Allgemeine Einführung des Faches „Wirtschafts- und Finanzbildung“.
- Einführung von optionalen Schnuppertagen, die man in der Oberstufe in einem Betrieb einmal pro Semester
- Einführung einer nachhaltigen Feedbackkultur im Klassenzimmer
- Einbindung der Textsorten „Motivationsschreiben“, „Bewerbungsschreiben“ und „Lebenslauf“ im Deutschunterricht
- Flächendeckende Informierung über (Aus-)Bildungsangebote nach der Sekundarstufe II.

10. Antrag „Mehr Aufklärung, mehr Neutralität!“

Antrag von: **Abd Al Majeed Abo Hassan**, HTL 16 | **Ismail Ulubas**, HTL 10 | **Sophie Wöhrer**, HLW23

Da in den letzten Jahren besonders viele Konflikte, Naturkatastrophen und Kriege geschehen sind, braucht die neue, junge Generation eine dementsprechende Aufklärung bezogen auf diese Themen. Sie sollten in der Schule diskutiert und ausgearbeitet werden. Besonders in Fächern wie Geographie, Geschichte, Wirtschaft und Politik, ist es von hoher Bedeutung, dass die Lehrkräfte aktuelle Themen in den Unterricht einbinden. Außerdem wecken solche auch das Interesse von SchülerInnen und stärken ihr Allgemeinwissen, da sie sich mit den neuesten Themen beschäftigen und oftmals dadurch im Unterricht mehr mitmachen.

Zudem werden derzeit viele „Fake-News“ oder einseitige Ansichten durch soziale Medien und deren Algorithmen verbreitet. Dadurch lässt sich um den User herum eine Echo-Chamber bilden, welche dann nur mehr die selben Informationen beinhaltet. Aus diesem Grund hat die neutrale Sichtweise und Aufklärung in der Schule eine hohe Priorität. Diese soll zusätzlich durch Schulungen des Lehrpersonals gestärkt werden. Das dient dazu, dass SchülerInnen sich durch mögliche Diskussionen und Gespräche unbeeinflusst eine eigene Meinung bilden können.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Spendenaktionen zu diesen Themen, da nicht nur diskutiert, sondern auch etwas dafür getan werden sollte, um die Lage in den jeweiligen Krisengebieten, wenn möglich, zu verbessern. Dies trägt dazu bei, dass das Empathie-Empfinden der SchülerInnen steigt und gebildet wird. Zudem werden SchülerInnen durch die Aufklärung möglicherweise in ihrem Konsum nachsichtiger, und entwickeln ein anderes Weltbild.

Forderungen:

- Aktuelle Themen sollen besonders in Fächern im Bereich Geographie, Geschichte, Wirtschaft und Politik miteinbezogen werden
- Neutrale, objektive Aufklärung über Konflikte, Krisen und Kriege (dies soll durch Schulungen für Lehrkräfte gesichert werden)
- Im Zusammenhang mit der Aufklärung über in FP1 genannte Themen auch zum Spenden aufrufen und darüber informieren

11. Modernisierung des Notensystems!

Antrag von: **Paul Harms**, HLTW13 Bergheidengasse

Noten abschaffen! Eine einfache Lösung für ein kompliziertes Problem. Ja unser jetziger Notenschlüssel und System ist nicht perfekt, aber die Abschaffung zu fordern ist weder zielführend noch kooperativ. Wir müssen uns als Schüler:innen Gehör verschaffen nicht mit populistischen und nicht umsetzbaren Aussagen, sondern mit konkreten Vorschlägen, mit denen die Politik dann auch arbeiten kann. Bevor wir uns vor der Politik lächerlich machen mit nicht umsetzbaren Forderungen hier meine Forderungen wie man das Notensystem nachhaltig individueller und moderner gestalten kann:

Forderungen:

- Konkretisierung der LBVO, um den Interpretationsspielraum bei der mündlichen Beurteilung zu minimieren und Konflikte vorzubeugen.
- Einbindung von der gesamten Schulpartnerschaft (Lehrer, Eltern und Schüler:innen) in der Konkretisierung der LBVO.
- Stärkung der LBVO für Krisenzeit mit Notfallplan und kontinuierlicher Einsatz von Online-Learning-Tools.
- Die Umsetzung von Content Learning Integrated Language fördern.
- Verwendung Einheitlicher Benotungsmethoden in Wiener Schulen.

12. Verpflichtende Doppelkorrektur bei einer negativen Sprach-Matura

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

Benotung, ein zentraler Punkt in unserem Schulsystem, der für uns alle von enormer Bedeutung ist. Noch größer wird diese Gewichtung selbstverständlicher Weise bei unseren letzten Prüfungen, der Matura.

Jedoch hängt unsere Note zu sehr an der subjektiven Interpretation einer einzelnen Lehrperson. Vor allem in Deutsch aber auch in anderen sprachlichen Fächern hat die Lehrkraft trotz einer einheitlichen Skala einen gewissen Spielraum, in dem sie willkürlich agieren kann. Nicht zu vergessen ist ebenfalls, dass in Meinungsorientierten Texten diese keine Veränderung der objektiven Benotung hervorrufen sollte.

Aus diesem Grund sollte eine negative Matura in diesen Fächern durch eine andere Lehrperson doppelt korrigiert werden. So könnte man die Fairness der Überprüfung besser sicherstellen und die Zentralmatura wäre wieder ein bisschen zentraler.

Deshalb fordere ich, eine verpflichtende Doppelkorrektur einer negativen sprachlichen Matura durch eine andere Lehrperson, sofern dies von der Schülerin oder dem Schüler gefordert wird.

Forderungen:

- Verpflichtende Doppelkorrektur, bei einer negativen Benotung einer Sprach-Matura, durch eine neue Lehrperson auf Anforderung des/der Schüler:in.

13. Moderne Lehrkräfte

Antrag von: **Marie Charwat**, KMD Herbststrasse

Die rasante Entwicklung der Technologie erfordert kontinuierliche Anpassungen im Bildungswesen. Lehrkräfte spielen eine zentrale Rolle in der Integration und Nutzung dieser Technologien im Unterricht. Jedoch können veraltete Kenntnisse oder mangelnde Informationen über neue Ausstattungen zu einer Diskrepanz zwischen den Lehrmethoden und den technologischen Möglichkeiten führen.

Daher braucht es jährliche Fortbildungen für Lehrkräfte: Diese Schulungen sollen sicherstellen, dass Lehrkräfte mit den neuesten Technologien und digitalen Lehrmitteln vertraut sind. Sie sollen Methoden zur effektiven Nutzung dieser Tools im Unterricht erlernen, um den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler zu maximieren. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird nicht nur die Lehrqualität verbessern, sondern auch sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler von modernen Bildungstechnologien profitieren können.

Forderungen:

- Jährliche Fortbildungen für Lehrkräfte zur Nutzung und Integration neuer Technologien in den Unterrichtsablauf

14. Digitalisierung und KI an Schulen

Antrag von: **Marius Hladik**, HTL Rennweg

Die unaufhaltsame Präsenz digitaler Technologien hat unsere Welt nachhaltig verändert, und doch hinkt unser Bildungssystem dieser Entwicklung hinterher. In einer Zeit, in der Medienkompetenz und Risikoaufklärung von entscheidender Bedeutung sind, müssen wir innovative Ansätze in der Bildung fördern. Von digitalen Stundenplänen bis zur Möglichkeit, Prüfungen am Laptop abzulegen, stehen wichtige Veränderungen an. Angesichts des sich ständig wandelnden wirtschaftlichen Umfelds sind Schulen gefordert, sich den Anforderungen des digitalen Zeitalters anzupassen.

Die Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie haben gezeigt, dass digitales Lernen möglich und effektiv ist. Jetzt ist die Zeit gekommen, unsere Bildungseinrichtungen zu modernisieren und sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden.

Damit Schülerinnen und Schüler dem Digitalen Know-How, welches in der Arbeitswelt benötigt wird, innerhalb ihrer Schullaufbahn gerecht werden, benötigt es folgende Punkte:

Forderungen:

- Fächerübergreifende Einbindung von ChatGPT im Unterricht.
- Verpflichtende Förderungen der Bildungsdirektion für Lehrer Weiterbildungen im Bereich Digitalisierung.
- Aufklärung im Unterricht über Gefahren, die digitale Medien und künstliche Intelligenz, nicht nur auf die gesamte Welt, sondern auch auf sich selbst mit sich bringen.
- Möglichkeit, während der Matura Texte am Laptop zu schreiben.

15. Der Weg zur Europäischen Schule

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Hakem Kasem**, GRG5 | **Flora Majcen**, Evangelisches Gymnasium und Werkschulheim

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.

16. Softskills in die Schule

Antrag von: **Elena Kitting**, BAfEP8

Uns allen ist die Aufgabe „halte ein Referat über Thema xy“ bekannt. Wie man dabei allerdings richtig auftritt, professionell artikuliert und welche Tipps und Tricks es bei Aufregung und Blackouts gibt, wird allerdings nie im Unterricht thematisiert. Da diese Skills nicht nur für die Schule, sondern auch für Vorstellungsgespräche oder das spätere Berufsleben von unverzichtbarem Wert sind, ist es wichtig, ein Freifach mit dem Thema „Rhetorik und Selfmarketing“ einzuführen, um genau auf diese Wissenslücken einzugehen. Für viele mag dies zwar sonnenklar scheinen, doch man hat ja bekanntlich nie ausgelernt.

Forderungen:

- Verpflichtende Einführung einer unverbindlichen Übung für Rhetorik / Selfmarketing

17. Matura ohne Nervenzusammenbruch

Antrag von: **Dejana Leimegger**, Amerlinggymnasium

Gute Maturanoten, oder ein positiver Schulabschluss, sind das Ziel jener Schüler:innen, die eine allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule besuchen. Die standardisierte kompetenzorientierte Reifeprüfung an der AHS setzt sich aus 3 Säulen zusammen: eine Vorwissenschaftliche Arbeit inklusive Diskussion und Präsentation, 3-4 schriftliche und 2-3 mündliche Reifeprüfungen. Diese Säulen sind unabhängig voneinander, müssen aber binnen kurzer Zeit absolviert werden. Das führt zu Stress unter den Schüler:innen.

Die Einführung einer freiwilligen Vormatura kann eine Entlastung für das Ende des Abschlussjahres. Das Modell der Vormatura ermöglicht es, die Reifeprüfung (zumindest) bereits am Anfang des Schuljahres zu absolvieren. Es ist an der Zeit, diese einzuführen, um Maturierende den Schulalltag zu erleichtern und Prüfungsstress zu vermindern.

Bis zur Einführung der Zentralmatura gab es auch in den AHSen vereinzelt die Möglichkeit, vorgezogen zu maturieren. An den Berufsbildenden Höheren Schulen wurde die Möglichkeit beibehalten und diese wird auch gerne genutzt.

Forderungen:

- Die Einführung der Möglichkeit an allen Schulen, in Pflichtfächern, die in der letzten Schulstufe nicht mehr unterrichtet werden, vorzeitig im Herbst auf Wunsch des Kandidaten bzw. der Kandidatin zu maturieren

18. Gläserne Note

Antrag von: **Catharina Schroll**, HGBLuVA Graphische

Zwei Wochen vor Notenschluss, die Lehrperson liest die Noten der Klasse vor: Mit seiner eigenen Note hat man überhaupt nicht gerechnet und sieht nicht ein, wie diese zustande gekommen ist.

Zwar hat man als Schülerin bzw. als Schüler jederzeit das Recht zu erfahren, auf welcher Note man steht, in der Realität ist es jedoch wesentlich schwieriger als vorgesehen. Damit es zu keinen Überraschungen gegen Semesterende kommt, sollte auf eine elektronische Plattform zurückgegriffen werden können, auf welche man jederzeit seinen Notenstand einsehen kann. Ein elektronisches System zur Einsichtnahme der individuellen Beurteilungen ermöglicht Schülerinnen und Schülern sowie Erziehungsberechtigten einen direkten und zeitnahen Zugang zu ihren Leistungsdaten. Dies fördert nicht nur die Transparenz, sondern ermöglicht auch eine frühzeitige Identifikation von Stärken und Verbesserungsbereichen. Denn genau diese bisherige Intransparenz der Notengebung führt oftmals zur Demotivierung und spielt somit ebenso eine enorme Rolle bei der Motivation der Leistungsabgabe.

Um sich in einem Fach nun auch verbessern zu können, braucht es klare Beurteilungskriterien. Klare Kriterien sind entscheidend für eine gerechte Beurteilung. Einheitliche und für alle zugängliche Beurteilungskriterien ermöglichen es Schülerinnen und Schülern, ihre Leistungen besser zu verstehen und gezielter an Verbesserungen zu arbeiten. Eine transparente Bewertung fördert zudem Fairness und Verständnis zwischen Lehrkräften, Erziehungsberechtigten, Schülerinnen und Schülern.

Forderungen:

- elektronische Einsicht des derzeitigen Beurteilungsstandes. Ablesbar nicht nur anhand von Ziffernoten, sondern zusätzlich an einem konstruktiven Feedback.
- klare und durchgehend digital beigefügte Leistungsbeurteilungskriterien

19. Schulen brauchen Unterstützung

Antrag von: **Dejana Leimegger**, Amerlinggymnasium | **Xinhao Du**, Amerlinggymnasium

Die Anzahl der Schüler:innen Wiens steigt durchgehend. Ebenso steigt der Bedarf an Schulsupportpersonal. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert und durch die Covid-19-Pandemie einen alarmierenden Höhepunkt erreicht: Mehr als jeder zweite Jugendliche leidet an depressiven Symptomatiken und sogar jeder Sechste denkt darüber nach, sich das Leben zu nehmen. Das sind alarmierende Zahlen, wo auch die Schule ansetzen muss, um das Problem wieder zu lösen. Jedoch wartet man in der Schule teilweise wochenlang für einen Termin beim Schulpsychologen oder greift tief in die Tasche, um sich einen Termin bei einem Psychologen leisten zu können.

Daher muss das Supportpersonal an Schulen, wie z.B. Sozialarbeiter:innen oder Schulpsycholog:innen ausgebaut werden.

Forderungen:

- Ausbau von Schulsupportpersonal an Wiener Schulen

20. Wann kommen wir in der Zukunft an

Antrag von: **Clemens Schütz**, AHS Draschestraße

Täglich hören wir von neuen Technologien, die uns das Leben und die Arbeit leichter machen, doch viel bekommen wir davon in den Schulen nicht mit.

Vielen fehlt das notwendige Wissen, wie man seine Produktivität mithilfe von elektronischen Endgeräten fördert und das obwohl wir seit Jahren so fortgeschritten in der Technologie sind. Weiterbildungen für Schüler_innen, sowie Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung können deutliche Verbesserungen und Erleichterungen in der schulischen (Zusammen-)Arbeit vorweisen. Den ständig aufkommenden Problemen bei der Arbeit mit Stift und Papier wird mit beispielsweise Laptops entgegengewirkt, da die einzige Sorge nur ein voller Akku ist.

Ein ebenso großes Problem ist die Aufbewahrung von Dokumenten, wie Hausaufgaben, Präsentationen, oder anderen schulischen Mitschriften. Dafür wäre eine von der Schule zur Verfügung gestellte Cloud die beste Lösung, da das Speichern und Abrufen somit leicht und von überall aus möglich ist.

Doch durch die derzeitige Teuerung, fällt es jedoch Manchen schwer das nötige Geld für ein elektronisches Endgerät zusammenzutreiben. Hier soll die Schule unterstützen können, damit die Möglichkeit auf Bildung nicht von der finanziellen Situation abhängt.

Forderungen:

- Einen verpflichtenden Einsatz von Laptops für die Deutsch und Englisch Schularbeiten und der Matura.
- Workshops für Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung und wie man mit elektronischen Endgeräten den Unterricht einfacher gestalten kann.
- Eine Schul-Cloud für alle Schüler_innen, sowie Lehrer_innen.
- Finanzielle Unterstützung seitens der Schule, falls die Möglichkeit nicht gegeben ist sich ein Endgerät selber zu finanzieren.

21. 360° Feedback an Schulen

Antrag von: **Sebastian Almarales Barbán**, Döblinger Gymnasium G19 | **Dejana Leimegger**,

Amerlinggymnasium

Dein Mathelehrer kann überhaupt kein Mathe, dein Englischlehrer mag dich weniger als andere und benotet dich deswegen schlechter, deine Musiklehrerin redet viel zu schnell und du kommst überhaupt nicht mit dem Stoff mit. Kommt dir eines oder mehrere dieser Beispiele bekannt vor? Was hast du persönlich getan, um das zu ändern? Viele gehen zum Klassenvorstand oder der Klassenvorständin. Leider weiß dieser oder diese oft auch nicht, wie man helfen soll. „Redet mal miteinander“, „Das müsst ihr unter euch klären“, Zähne zusammenbeißen und durch“. Klingen diese Zitate vertraut? Leider hilft nicht immer ein Gespräch, und Mitleidsworte verändern auch nichts. Aber man muss trotzdem für Gerechtigkeit sorgen. Es kann nicht sein, dass wir in bestimmten Fächern terrorisiert werden oder uns besser auskennen mit der Materie als die Lehrkräfte selbst! Deswegen braucht es ein Feedback an Schulen, welches die Zufriedenheit mit allen Lehrpersonen misst und dann verpflichtend ausgewertet wird.

Forderungen:

- Einführen eines Feedbacks an Schulen, welches, ab der Oberstufe, durch die Beantwortung offener Fragen die Kompetenzen der Lehrkräfte misst
- Das Feedback soll online und anonym geschehen
- Die Schulleitungen sollen dazu verpflichtet sein, mit den Lehrpersonen über die Ergebnisse des Feedbacks zu reden
- Bei auffällig negativem Feedback sollen Fortbildungen für Lehrpersonen verpflichtend sein

22. Politische Bildung als Pflichtfach

Antrag von: **Dejana Leimegger**, Amerlinggymnasium

Demokratie lebt vom Mitmachen. Um genau das zu tun, muss man sich allerdings im Vorhinein mit der Politik auseinander gesetzt haben und lernen, was genau Demokratie ist und wie man seine eigene Stimme als Schüler einbringen kann.

Um sich aber eine Meinung über die Politik machen zu können, sollte man auch unterscheiden können, welche der Quellen, anhand dessen man die eigene Meinung basiert, auch wirklich echt und vertrauenswürdig ist und wie der Staat und die Politik funktioniert und aufgebaut ist. Wo soll das passieren, wenn nicht an unseren Schulen?

Daher fordere ich die Einführung von Politischer Bildung und Medienkunde als Pflichtfach im Ausmaß von einer Stunde pro Woche ab der 9. Schulstufe.

Forderungen:

- Einführung von Politische Bildung als Pflichtfach im Ausmaß von einer Stunde pro Woche ab der 9. Schulstufe.

23. Schulweg leistbar gemacht

Antrag von: **Sebastian Almarales Barbán**, G19 | **Dejana Leimegger**, Amerlinggymnasium

Wir alle gehen in die Schule. Manche von euch in eine AHS, manche in eine BMHS und manche von euch in eine Berufsschule. Und auch wenn es in Wien hunderte Schulen gibt, leben manche doch sehr abseits von der nächsten Schule. Manche fahren rund eine Stunde in ihre Schule. Und der Weg zu genau dieser wird aus eigener Tasche bezahlt. Das Recht auf Bildung und die Schulpflicht sollten für Familien, die sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, nicht zum Problem werden! Egal ob man eine Viertel- oder mehr als eine Stunde in die Schule fährt, wir sollten niemanden aufgrund der Lage des Wohnsitzes benachteiligen. Deswegen sollte Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler leistbar sein.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen gratis in die Schule fahren dürfen
- Das Top-Jugendticket soll wieder auf 70€ im Jahr reduziert werden
- Das Einführen eines eigenen österreichweiten Klimatickets für Schüler:innen um 365€ pro Jahr

24. Modulsystem jetzt!

Antrag von: **Janina Gagliano**, BAfEP Patrizigasse

Der Unterricht und Lehrplan von Schüler_innen muss offener und ansprechender gestaltet werden. Denn nur wenn dieser individueller und Stärken fördernder ist, können wir Schüler_innen uns auch etwas aus dem Unterricht mitnehmen. Das Modulsystem kann dies ermöglichen und so dazu beitragen, dass die Schule endlich zu einem Wohlfühlort für Schüler_innen wird, was zu einer wesentlichen Verbesserung der mentalen Gesundheit führt. Das Modulsystem ist so aufgebaut, dass es keinen fixen Stundenplan gibt und Schüler_innen die Möglichkeit haben diesen selbst in Form von Modulen zu gestalten, welche in einem Ausmaß von 30 Wochenstunden gewählt werden müssen. Wobei jedoch ein paar Module, wie beispielsweise Deutsch und eine andere Fremdsprache fix vorgegeben sind. Hinzu kommt, dass man im Zuge dieses Systems die Matura nicht mehr benötigen würde, um die Universitätsreife zu erlangen, sondern stattdessen genügt die Absolvierung einer gewissen Anzahl an Modulen, um an einer Universität studieren zu können.

Forderungen:

- Schüler_innen sollen selbstständig Module und Fächer zur Vertiefung wählen können, um so ihren Stundepan selbst zu bestimmen
- Anstatt der Matura soll die Absolvierung einer gewissen Anzahl an Modulen zur Hochschulreife führen
- Module sollen spezifischer gestaltet werden, um die Interessensgebiete der Schüler_innen gezielt anzusprechen

25. Erdbeerwoche – kein Problem!

Antrag von: **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Lea Hemedinger**, ORG1 |

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler:innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.

26. Methodenvielfalt im Unterricht: Von Langeweile zu Lebendigkeit – Lebhaftes Lernen!

Antrag von: **Benedikt Kernjak**, Gymnasium Sacré Coeur Wien

Lernen sollte Spaß machen, doch stattdessen sind viele Schüler:innen frustriert. Vokabeln abschreiben, stures Auswendiglernen und einseitige Vorträge – all diese Dinge kommen leider allzu oft in unserem Schulalltag vor. Tatsächlich sollte Schule aber etwas anderes sein. Ein Ort, an dem wir Neues mit Spaß und Begeisterung erlernen und das auch tatsächlich wollen.

Studien belegen, dass eine Vielfalt verschiedener Unterrichtsmethoden zu einem höheren Lernerfolg führen kann. Hat man Spaß am Lernen, landet die Information im Langzeitgedächtnis, dem Hippocampus. Verbindet man die Information mit negativen Emotionen, geht das Erlernte an den Mandelkern, wodurch man es in stressigen Situationen wie bei einem Test schwieriger abrufen kann. Es liegt also im Interesse aller Lehrpersonen und Schüler:innen einen kreativen Unterricht zu gestalten. Dazu gehört der Einsatz von Technologie, Projekten, Diskussionsrunden und mehr.

Abwechslung ist angesagt – denn Schule kann und soll Spaß machen!

Forderungen:

- Ausbauen der diversen Unterrichtsmethoden im Lehramtsstudium
- Verpflichtende Fortbildungen für ausgebildete Lehrkräfte zum Thema „alternative Lernmethoden“

27. Lerne was dich interessiert!

Antrag von: **Viktoria Chludzinski**, Caritas Seegasse 30

Jeder hat seine eigenen Interessen und Vorstellungen von seiner eigenen Zukunft. Die Schule kann nicht wissen welches Interesse jeder von uns einzeln hat und was gut oder schlecht für uns ist. Jeder sollte das Recht dazu haben, in der Schule selbst sich die Nebenfächer aussuchen zu können. Die freie Wahl seiner Nebenfächer ermöglicht jedem Schüler und jeder Schülerin selbst an seiner persönlichen Lehrplangestaltung mitzuwirken und ermöglicht uns allen in unserem jungen Alter schon Verantwortung zu übernehmen.

Forderungen:

- Freies entscheiden über seine Nebenfächer für jeden Wiener Schüler und jede Wiener Schülerin ab der 10ten Schulstufe
- Ab der 9ten Schulstufe kann man über alle Nebenfächer, die man schon in der Unterstufe hatte, frei entscheiden
- Politische Bildung und Recht sollten im Stundenplan beibehalten werden

28. Let's talk about sex, baby!

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albergasse | **Lea Hemedinger**, ORG1 | **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Manuel Jonovic**, BORG 3

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler:innen erreichbar zu machen.

29. Selbstdisziplin und Emotionale Intelligenz

Antrag von: **Ashley Hörmann**, BSBK Meiselstraße

Wie der Psychologe Jean Piaget mal gesagt hat:

„Intelligenz ist das, was man einsetzt, wenn man nicht weiß, was man tun soll.“

Es gibt keine perfekte Art, um ein Kind zu erziehen. Genauso gibt es kein perfektes Modell wie eine Schule funktionieren sollte, wie das Bildungssystem aussehen sollte. Die Bedeutung des Lernens aus Erfahrung wird für den Menschen des 21. Jahrhunderts überlebensnotwendig sein. Wie müsste daher ein Bildungssystem gestaltet sein, das Menschen genau diese Fähigkeiten vermittelt?

Wissen im Sinne von Verstehen, nicht im Sinne von auswendig lernen.

Die Fähigkeit, Wissen praktisch anwenden zu können.

Wir müssen endlich lernen, dass unser Schulsystem mehr braucht als den Satz des Pythagoras und das sogenannte Plus Quam Perfekt.

Sind wir so blind, um zu erkennen, dass im Gegensatz zum Intelligenzquotienten (IQ), der sich nur wenig steigern lässt, Menschen ihre sozialen Kompetenzen wesentlich schneller verbessern können?

Wir als Schüler: innen freuen uns nicht auf Fächer, sondern auf Menschen, die für uns wie Vorbilder sind. Lehrer: innen, die gelernt wurden, Schüler: innen zu zeigen wie deren Mindset funktionieren, sind für mich ein Vorbild. Mindset ist in der heutigen Zeit wichtig. Ich persönlich hatte einen Lehrer, der jede Stunde fröhlich und motiviert in die Klasse gegangen ist. Er hat uns beigebracht wie wir in verschiedenen Lebenssituationen, mit Gefühlen umgehen sollten. Solche Lehrer: innen brauchen wir meiner Meinung nach, vermehrt an den Österreichischen Schulen.

Forderungen:

- Workshops (mit Psychologen) für Lehrer: innen, die ihnen zeigen, wie man die Emotionale Stärke eines Menschen aufbaut.
- Frontalunterricht verringern.
- Schüler: innen müssen lernen zu lernen, das heißt wie eignen sie sich ihr Wissen überhaupt an?
- Im Unterricht sollten mehr Charaktereigenschaften wie Neugier, Mut oder Achtsamkeit gefördert werden.

Antrag

- Der sogenannte „Marketplace“, Themen, Wünsche, To-Do Listen erlauben die Mitgestaltung in der Schule.

30. Mobilität muss leistbar sein!

Antrag von: **Sophie Wöhler**, HLW23 Sta. Chrisitana

Wie viele möglicherweise bereits wissen, ist das Benutzen der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien keine billige Angelegenheit. In Wien gelten 26% der Haushalte als armutsgefährdet. Dies stellt eine erschreckende Wahrheit dar, die wir nicht ignorieren dürfen. Schule ist für viele eine Chance, aus dieser Realität zu entfliehen. Dafür müssen sie aber erst einmal überhaupt zur Schule kommen können. In allen Fällen müssen sie aber erst einmal überhaupt zur Schule kommen können. Egal ob TOP-Jugendticket oder Schulticket, alle diese Angebote der Wiener Linien haben eines gemeinsam: Sie sind nicht billig.

Doch es würde nicht ausreichen, nur den Schulweg kostenlos zu machen. Schule ist nicht alles. Jeder Mensch braucht neben der Schule auch Ablenkung. Wir dürfen uns nicht mit dem absoluten Minimum zufriedengeben. Was es braucht, ist kostenlose Mobilität für alle Schüler_innen Wiens.

Das dies möglich ist, beweist Wien jeden Sommer aufs Neue. Im Sommer dürfen Schüler_innen nämlich bereits jetzt schon kostenlos alle öffentlichen Verkehrsmittel verwenden. Wenn man dann kontrolliert wird, reicht es aus, den eigenen Schüler_innenausweis herzuzeigen. Wenn es bereits jeden Sommer geschafft wird, was hindert daran, es auf das gesamte Jahr auszuweiten?

Als Land mit einer Schulpflicht ist es unerlässlich, sicherzustellen, dass alle Schüler_innen sowie Lehrlinge ohne finanziellen Mehraufwand in die Schule kommen können. Unternehmen wir gemeinsam die notwendigen Schritte, um eine gerechtere und nachhaltigere Mobilität für alle Schüler_innen Wiens zu schaffen.

Forderungen:

- Alle Schüler_innen der Stadt Wien sollen ganzjährig kostenlos die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien verwenden dürfen.
- Alle Schüler_innen, welche außerhalb von Wien leben, aber hier zur Schule gehen, sollen auch kostenlos Verkehrsmittel benutzen dürfen, welche von ihrem Wohnort nach Wien oder umgekehrt verlaufen.

31. Privatschulen in Wien verbieten

Antrag von: **Hussein Al-Hakeem**, HTL Wien West

Privatschulen sind eine Manifestation des kapitalistischen Systems, das auf der Ausbeutung von Arbeit und Ressourcen basiert. In einem marxistischen Rahmen ist die Existenz von Privatschulen nicht nur eine Frage der Bildung, sondern auch ein Symptom der tiefgreifenden sozialen Ungleichheit und Klassenkluft, die durch das private Eigentum an Produktionsmitteln und die daraus resultierende Kapitalakkumulation entsteht.

Erstens führen Privatschulen zu einer weiteren Segmentierung der Gesellschaft entlang wirtschaftlicher Linien. Diejenigen, die es sich leisten können, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken, erhalten Zugang zu einer qualitativ hochwertigeren Bildung, während diejenigen, die dies nicht können, auf minderwertige öffentliche Schulen beschränkt sind. Dies verstärkt den Zyklus der Armut und sozialen Ungerechtigkeit, indem den Kindern aus ärmeren Familien die gleichen Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft verwehrt werden.

Zweitens dienen Privatschulen in erster Linie den Interessen der herrschenden Klasse, indem sie eine Bildung anbieten, die darauf abzielt, die bestehenden Machtstrukturen aufrechtzuerhalten. Die Inhalte und Lehrmethoden in Privatschulen sind oft darauf ausgerichtet, die ideologischen und kulturellen Werte der Eliten zu fördern und zu erhalten, anstatt kritisches Denken und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Dies führt zu einer weiteren Verfestigung der bestehenden sozialen Hierarchie, da den Schülern aus privilegierten Hintergründen ein Vorsprung in Bezug auf Wissen und Ressourcen gewährt wird.

Drittens untergraben Privatschulen das demokratische Ideal einer gleichberechtigten Bildung für alle. Indem sie diejenigen privilegieren, die sich den Zugang zu teuren Bildungseinrichtungen leisten können, schaffen sie eine Kluft zwischen denen, die Bildung als ein universelles Recht betrachten, und denen, die Bildung als eine Ware betrachten, die nur denjenigen zugänglich ist, die dafür bezahlen können. Dies führt zu einem zunehmenden Gefühl der Entfremdung und Unzufriedenheit unter denen, die von den Privilegien der oberen Klassen ausgeschlossen sind.

Insgesamt sind Privatschulen ein Produkt des kapitalistischen Systems, das darauf abzielt, die Interessen der herrschenden Klasse zu fördern und die soziale Ungleichheit zu verfestigen. Im Sinne des Marxismus ist die Bildung ein grundlegendes Gut, das allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich sein sollte, unabhängig von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Stellung. Privatschulen stehen im Widerspruch zu diesem Prinzip und sind daher moralisch untragbar in einer Gesellschaft, die Gerechtigkeit und Gleichheit anstrebt.

Forderungen:

- Verstaatlichung von Privatschulen
- Verbot von Privatschulen

32. Ich will auch mal im Recht sein!

Antrag von: **Florian Wiessner**, HTL Donaustadt | **Viktoria Chludzinski**, Caritas Seegasse 30

Die meisten Menschen wissen zwar, dass sie Rechte haben, jedoch oftmals nicht wie diese im Detail ausschauen. Genauso ist es auch bei Wiener Schülerinnen und Schülern. Wir als Schülerinnen und Schüler haben ebenfalls Rechte in der Schule, oftmals werden diese aber von Lehrpersonen ignoriert. Das perfekte Beispiel: jeder von uns musste in der Schule schonmal aufs Klo. Es gibt jedoch oftmals Lehrpersonen, die uns dies verweigern. In Art. der 3 europäischen Menschenrechtskonventionen (EMRK) steht „Niemand darf [...] unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden“.

Forderungen:

- Ein von der LSV Wien erstelltes Dokument, in PDF-Form, in welchem grundlegende Rechte von Schülerinnen und Schülern, mit dem dazugehörigen Paragraphen und der Rechtsquelle, geschildert werden.
- Die Verbreitung der Information das es die „Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien“ gibt, von der LSV Wien an alle Wiener SchülerInnenvertreter.

33. Aufklärung der verschiedenen Schultypen in der Unterstufe

Antrag von: [Jasin Eitelby](#), HTBLuVA TGM

Die frühzeitige Aufklärung über die verschiedenen Schultypen in Österreich bereits in der Unterstufe ist von entscheidender Bedeutung, um Schülern und ihren Eltern die Möglichkeit zu geben, informierte Entscheidungen für die weiterführende Schullaufbahn zu treffen. Eine rechtzeitige Information fördert nicht nur die Identifizierung individueller Stärken, sondern ermöglicht auch die Entwicklung klarer beruflicher Perspektiven. Gleichzeitig trägt dies dazu bei, mögliche unnötige Schulwechsel und verlorene Jahre zu minimieren. Es ist wichtig, dass die Jugendlichen in Österreich ein realistisches Bild von den verschiedenen Bildungsmöglichkeiten haben, insbesondere im Hinblick auf Berufsschulen, die oft ein verzerrtes Image haben, obwohl sie einen entscheidenden Beitrag zur Zukunft des Landes leisten.

Forderungen:

- Ausflüge in der 3. Sekundarstufe I in die Schultypen BMHS, BS und ZLA
- Aufklärung in der 3. Sekundarstufe I über die weiteren Ausbildungsmöglichkeiten

34. Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus an Schulen stoppen!

Antrag von: **Hussein Al-Hakeem**, HTL Wien West

Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus sind nach wie vor akute Probleme an Wiener Schulen. Diese negativen Erscheinungen wurzeln oft in einer Vielzahl von Einflüssen, darunter Medienberichte, populistische Politik sowie tief verwurzelte Vorurteile innerhalb der Gesellschaft. Dies führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler mit diskriminierenden Haltungen konfrontiert werden und eine Atmosphäre der Intoleranz in den Bildungseinrichtungen herrscht.

Die Dringlichkeit, diesem Problem zu begegnen, erfordert konkrete Maßnahmen:

Erstens ist eine umfassende Integration von Themen wie Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus in den Lehrplan unerlässlich. Nur durch eine systematische Aufklärung können Schülerinnen und Schüler ein fundiertes Verständnis für diese komplexen Probleme entwickeln und lernen, Vorurteile zu erkennen und abzubauen.

Zweitens ist es entscheidend, Lehrkräfte gezielt im Umgang mit diskriminierenden Vorfällen zu schulen. Dies umfasst nicht nur die Sensibilisierung für diese Themen, sondern auch die Bereitstellung konkreter Strategien, um ein respektvolles und inklusives Schulklima zu fördern.

Darüber hinaus sollten zusätzliche Programme wie Workshops und Seminare angeboten werden, um Schülerinnen und Schüler aktiv in den Diskurs über Diskriminierung und Vorurteile einzubeziehen. Durch den Austausch von Erfahrungen und Perspektiven können Vorurteile hinterfragt und Toleranz gefördert werden.

Indem wir diese Maßnahmen ergreifen, können wir langfristig dazu beitragen, Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus an Wiener Schulen zu bekämpfen und eine inklusive Lernumgebung für alle zu schaffen. Es ist wichtig, nicht nur die Symptome zu behandeln, sondern auch die zugrunde liegenden Ursachen dieser Vorurteile anzugehen und aktiv an ihrer Überwindung zu arbeiten.

Forderungen:

- Aufklärung über Antisemitismus, Islamophobie und anderen Rassismus in den Lehrplan aller Wiener Schulen implementieren.

Antrag

- Lehrkräfte den Umgang mit antisemitischen, islamophobischen und rassistischen Fällen schulen.
- Workshops zu Diskriminierung und Rassismus anbieten

35. Europatag in allen Schulen

Antrag von: **Moritz Lindner**, St Ursula

Knapp 30% der österreichischen Bevölkerung möchten die EU verlassen. Doch warum? Weil ihnen schlicht und ergreifend das Wissen zur EU fehlt. Kaum jemand weiß, wie viel jede und jeder von uns tagtäglich von der EU profitieren. Das ist aber keinesfalls ihre eigene Schuld. Das ist die Schuld des Bildungssystems, dass hier leider immer noch Lücken aufweist! Um dies zu ändern, wäre ein verpflichtender Europatag in allen Schulen unabdingbar. Dabei könnten sich Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Workshops, in denen man die Organe der EU, die Freiheiten der EU, die Europa-Wahl und vieles Weiteres erlernen würde, intensiv mit der EU beschäftigen. Bei allen Beteiligten könnte man hier ein aktives Bewusstsein über die Vor- und Nachteile der EU hervorrufen, was sich sehr positiv auf ihren Bezug zur EU auswirken würde! Durch einen Europatag könnte man all diese Vorteile erreichen und für ein optimales Bewusstsein zur Europäischen Union sorgen.

Forderungen:

- Verpflichtender Europatag an allen Wiener Schulen

36. Lehrer:in, aber attraktiv!

Antrag von: **Paul Fischer**, Öffentliches Gymnasium der Stiftung Theresianische Akademie | **Raphael Pos**, Flora Fries Bildungscampus | **Maximilian Pech**, Kollegium Campus

Nein, dieser Antrag fordert nicht, dass unsere Lehrer:innen attraktiver werden sollten. Dieser Antrag fordert, dass es attraktiver sein soll, den Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin auszuüben.

Der Lehrkräftemangel ist vor allem in Wien ein großes Problem. Zu Schulbeginn hieß es, dass 200 Lehrkräfte noch fehlen würden. Die Schulen mit Quereinsteiger:innen zu füllen, die oft kaum eine pädagogische Ausbildung haben, ist kurzfristig eine gute Idee, doch als nachhaltige Lösung nicht brauchbar.

Es gibt jedoch auch Bundesländer, bei denen das Problem bei weitem nicht so akut ist. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt Wien mit Prämien und Aktionen das Lehramt wieder attraktiv macht!

Forderungen:

- Die Stadt Wien soll Maßnahmen ergreifen, um das Lehramt in Wien zu attraktivieren.
- Einführung eines gratis Öffi-Tickets für Lehrpersonen.
- Bezahlung der Studiengebühren für Lehrpersonen, die nebenbei noch weiter studieren

37. Richten wir den Blick in die Ferne!

Antrag von: **Florian Albrecht**, GRG19/Bi26 Billrothgymnasium | **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg | **Benedikt Kernjak**, Sacre Ceur

Schülerinnen und Schüler langweilen sich oft im Geographieunterricht, weil es ihnen so vorkommt, dass andauernd das gleiche besprochen wird. Gewisser Weise haben sie damit auch Recht, denn Wirtschaftsbünde und Organisationen wie die EU und die UNO werden jährlich nicht nur in Geographie, sondern auch noch in anderen Fächern besprochen. Dies ist auch wichtig, da sie einen sehr großen Einfluss auf uns Schülerinnen und Schüler haben und auch im späteren Leben von Bedeutung sind, wie beispielsweise Erasmus+.

Trotzdem sollten auch andere Wirtschaftsräume und Schulsysteme, die in Europa eher unbekannt sind, im Lehrplan verankert werden, da dies die Allgemeinbildung fördert und man wissen sollte, wie Wirtschaft in anderen Teilen der Welt gemacht und wie unterrichtet wird. Außerdem kann man sich dadurch eine umfangreichere Meinung zu geopolitischen Fragen bilden.

Forderungen:

- Verschlankung des Lehrplans im Hinblick auf Staatenverbände und Organisationen, die in mehreren Unterrichtsgegenständen im Lauf der weiterführenden Schule mehrmals besprochen werden, um Platz für andere, außereuropäische Themengebiete zu schaffen.
- Dem Besprechen und Vergleichen von nicht-westlichen Wirtschaftssystemen eine größere Wichtigkeit im Lehrplan zuordnen.
- Außereuropäische Schulsysteme im Unterricht besprechen und unserem gegenüberstellen.

38. Nutzen wir endlich die digitale Infrastruktur!

Antrag von: **Florian Albrecht**, GRG19/Bi26 Billrothgymnasium

Das Internet ist für Schülerinnen und Schüler schon lange kein Neuland mehr. Wir können damit umgehen, doch wird uns das Arbeiten mit dem Laptop inner- und außerhalb der Schule oft nicht ermöglicht. Möchte man sich trotz Krankheit über den aktuellen Schulstoff informieren, findet man online (zb. MS Teams) nur selten Arbeitsblätter oder Hausübungen. Derweil wäre es ein Leichtes, Unterrichtsmaterialien, die sowieso schon digital gespeichert sind, online hochzuladen und diese für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stellen. So könnten sich Schülerinnen und Schüler noch dazu die schweren Mappen sparen und nur mit einem Laptop/Tablet in den Unterricht kommen.

Daher soll digitale Infrastruktur endlich im vollen Umfang genutzt werden, damit alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich mit dem Internet arbeiten können.

Forderungen:

- Arbeitsblätter sollen regelmäßig, von Lehrkräften auf einer digitalen Plattform (z.B. MS Teams) hochgeladen werden.
- Lehrkräfte sollen am Ende einer Schulstunde online stellen, was in der Stunde bearbeitet und welche Hausübung aufgegeben wurde. Dies auf einer digitalen Plattform (zb Web Untis) mit kurzer Beschreibung.
- Lehrkräfte müssen am Anfang des Schuljahres ihren Schülerinnen und Schülern erklären, wo sie jene Schulmaterialien hochladen und in welchem Rhythmus sie hochgeladen werden.
- Sollten Lehrkräfte Kürzel für Buchseiten oder Arbeitsblätter verwenden, sind diese am Anfang des Schuljahres zu erklären, damit sich Schülerinnen und Schüler mit den Infos der Lehrpersonen auskennen
- Möglichkeit einer Online-Abgabe jeder Hausübung (durch digitale Abgabe auf zb. MS Teams oder per Email), damit auch bei Fehlen im Unterricht positive Mitarbeitleistungen gezeigt werden können.
- Schulbücher sollen unabhängig von dem Verlag/Herausgeber auf einer einzigen Online-Plattform gesammelt verfügbar gemacht werden.

39. Mit vollem Magen lernt sichs nicht!

Antrag von: **Florian Albrecht**, GRG 19/Bi26 Billrothgymnasium | **Raphael Pos**, Flora Fries
Bildungscampus

Jede Schülerin und jeder Schüler kennt es, wenn man nicht gefrühstückt hat und spätestens in der zweiten Schulstunde der Magen knurrt. Hat man sich einen Snack vorbereitet und möchte im Unterricht unauffällig etwas essen, muss man hoffen, dass die Lehrperson dies nicht verbietet. Das kann doch nicht sein, da es jeder versteht, wenn jemand Hunger hat und sich sonst nicht konzentrieren kann. Essen stört weder den Unterricht, noch ist es der Lehrperson respektlos gegenüber, was oft als Argument der Lehrkraft genützt, um das Essen im Unterricht zu unterbinden.

Zusätzlich brauchen wir einen verstärkten Fokus auf Stoffwechselerkrankungen im Bio-Unterricht, da jede/r im Laufe seines/ihrer Lebens erkranken kann und es wichtig ist, damit richtig umgehen zu können. Dadurch wird Akzeptanz geschaffen, dass es Personen gibt, die besonders auf ihre Ernährung achten müssen und manchmal selbst in unpassenden Situationen, wie einer Einzelarbeit im Unterricht, etwas zu sich nehmen müssen.

Forderungen:

- Verstärkten Fokus auf Stoffwechselerkrankungen im Lehrplan verankern.
- Das Essen und Trinken soll im Unterricht erlaubt werden, sofern es die Ausstattung erlaubt.

40. Einzelne Klassen überspringbar machen

Antrag von: **Florian Lichtenegger**, GRG19 | **Florian Albrecht**, GRG19/Bi26 Billrothgymnasium

Viele Schülerinnen und Schüler langweilen sich in einigen Fächern, weil sie sich in der Freizeit schon einmal mit einem Thema beschäftigt haben oder einfach schneller lernen als andere. Trotzdem müssen alle immer im Unterricht anwesend sein und ihre Zeit absitzen, egal ob es sinnvoll ist oder nicht. Deshalb sollte es für Schülerinnen und Schüler ab der 2ten Klasse einer Oberstufe möglich sein, einzelne Fächer zu überspringen. Ähnlich einer Herbstprüfung oder Vormatura soll auf Wunsch des Lernenden eine Prüfung über den Jahresstoff abgelegt werden können. Wird die Prüfung positiv bestanden, darf sich der Lernende mit dem Stoff der nächsten Stufe beschäftigen und Arbeitsaufträge und Tests mit der Klasse darüber mitschreiben. So können pro Jahr 2 Klassen in einem Fach abgeschlossen werden. Dann haben Schülerinnen und Schüler in der Abschlussklasse mehr Kapazitäten, um an Schwächen in anderen Fächern zu arbeiten, da sie bereits ein Fach auf dem Niveau der Abschlussklasse absolviert haben.

Forderungen:

- Bei Zeugnisnote „Sehr gut“, in einem Nebenfach in der ersten oder zweiten Klasse der Oberstufe, kann eine Schülerin oder ein Schüler im neuen Schuljahr eine Prüfung im Herbst über den Jahresstoff dieser Schulstufe ablegen.
- Wird so eine „Herbstprüfung über den Jahresstoff“ positiv abgeschlossen, muss der Unterricht in diesem Fach nicht mehr besucht werden. Die Schülerin oder der Schüler muss sich dann mit dem Jahresstoff der Stufe darüber beschäftigen.
- Einrichtung einer Online-Lernplattform, damit Schülerinnen und Schüler, die ein Fach übersprungen haben, sich von zuhause aus mit dem Stoff der darüberliegenden Klasse beschäftigen können.

41. Schulsport an die Interessen der Schülerinnen und Schüler anpassen

Antrag von: **Florian Albrecht**, GRG19/Bi26 Billrothgymnasium

So wie geistige Ertüchtigung gehört auch gezielte sportliche Betätigung zu einer verantwortungsvollen Persönlichkeitsbildung innerhalb des Schulunterrichts. Das Schulfach „Bewegung und Sport“ sollte Schülerinnen und Schülern dabei helfen, einen gesunden Bezug zum Sport zu entwickeln – tut dies aber mehr schlecht als recht.

Mit 2 – 4 verpflichtenden Schulstunden pro Woche in der weiterführenden Schule, wo sowieso jede Woche viele Minuten mit Vor- und Nachbereitung verloren gehen, ist der Unterricht im Vergleich zu den „Sitz-Fächern“ zu kurz. Zusätzlich möchte man sich im Unterricht nicht auspowern, da man danach meist noch ein anderes Fach hat und man nicht komplett verschwitzt in die Klasse gehen möchte.

Und gerade für Schülerinnen und Schüler, die am Nachmittag im Fitness-Studio ihrer Leidenschaft nachgehen oder in einer Kampfmannschaft spielen, ist der Turnunterricht besonders ungeschickt. Sport findet meist am Nachmittag, wo oft auch Trainings sind, statt – so findet man sich in einem Dilemma wieder. Entweder schwänzt man den Unterricht und riskiert die eigene Zeugnisnote und Sympathie bei der Lehrperson oder man verpasst wichtige Trainingseinheiten. So können Schülerinnen und Schüler nicht effizient im Fitnessstudio trainieren, da sie vom Unterricht erschöpft sind und verlieren im Vergleich zu ihren Kameradinnen und Kameraden wichtige Trainings im Verein.

Deshalb gehört der Sportunterricht endlich angepasst, damit alle Schülerinnen und Schüler aktiv beim Unterricht mitmachen oder sich freistellen können, um ihrer Leidenschaft gezielt nachgehen zu können.

Forderungen:

- Freistellung für den Sportunterricht bei besonderer Wichtigkeit in der Mannschaft eines Sportvereins.
- Freistellung für den Sportunterricht bei Mitgliedschaft in einem Fitness-Studio. Dies bei regelmäßigen Besuch, der über die Stundenanzahl des regulären Sportunterrichts hinausgeht oder dieser entspricht.

Antrag

- Gemeinsam mit Fitness-Studios soll ein Programm geschaffen werden, dass automatisch jeden Check-In mit der Mitgliedskarte auf Wunsch der Schülerin oder des Schülers digital aufzeichnet. So können eine Schülerin oder ein Schüler am Ende eines Monats eine Übersicht der Check-Ins bei der Sportlehrkraft zur Kontrolle vorlegen.
- Sportunterricht, wenn möglich, als letztes Fach des Schultages.
- Verstärkte Förderung von individuellen sportlichen Interessen durch unverbindliche Übungen und Landeswettbewerbe.

42. Urrrr viel Kribbeln

Antrag von: **Lorenzo Gian Paolo Francesco Eder Nicoletti**, GRG Contiweg | **David Arkdijvic Woskow Percev**, Camillo Sitte Bautechnikum

Hibr8n ist einer der bekanntesten Influencer aus Wien. Der zwei-Meter Latino ist nicht nur gut gebaut (Model im Xicht und Körper), nein, er ist auch Akademiker. Durch seine übermenschlichen Fähigkeiten, ganze vier Sprachen fließend sprechen zu können (Spanisch, Englisch, Deutsch, Persisch), eignet das Model sind herausragend gut für Fremdsprachen-Unterricht.

Durch seine finanziell unabhängige Lebenssituation, stellt Hibr8n einen außerordentlichen Nachhilfelehrer im Bereich des Rechenwesens dar. Im Lehrfach „Bewegung und Sport“ ist es unausweichlich ein Tanzstück des Lehrmeisters Hibr8n aka zwei-Meter Latino zur Perfektion einzustudieren und vor dem jeweiligen Jahrgang vorzuführen, um eine emotionale Bindung zu schaffen. Der sportliche Influencer beschert den Jugendlichen Wiens, durch seine Sunday-Hoops, eine Freude, die jedoch auch gesundheitliche Pluspunkte mit sich bringt. Durch seinen sechsjährigen Aufenthalt in Teneriffa, Spanien, hat Hibr8n nicht nur die spanische Sprache perfektioniert, aber vielmehr noch die kulturellen Tänze der Region einstudiert und neue Freundschaften mit den Einheimischen geschlossen. Durch diese lebensveränderten Erfahrungen versucht das zwei-Meter Latino Model, zurück in Österreich, den Schülerinnen und Schülern ein besseres Verständnis von Konfliktmanagement anzueignen.

Angesichts dieses Qualifikationsprofils ist es umso besser, das zwei-Meter Latino Model als Teil des Lehrplans zu beachten, denn dadurch steigert sich nicht nur das Kribbeln im Bauch, sondern auch der akademischen Grad der Schüler:innen Wiens. Also lasst euch sagen: ANNNEEEE!

Forderungen:

- Verpflichtender Schulbesuch von Hibr8n ab der Sekundarstufe II
- 4 verpflichtende Tanzstunden mit Hibr8n pro Schuljahr
- 1 verpflichtender Klassenausflug zu einem Sunday-Hoop
- Überarbeitung des Geschichts und Politik Lehrstoffs mit Einführung der Lebensgeschichte Hibr8ns

43. Socialmedia macht krank - Tun wir was dagegen!

Antrag von: **Florian Albrecht**, GRG19/Bi26-30 Billrothgymnasium

Die digitale Welt bringt zweifellos viele Vorteile mit sich, hat jedoch auch Schattenseiten. Das dauernde Erreichbarsein stresst im Alltag und führt zu einem Zustand, bei dem man nie ganz abschalten kann, da ja immer etwas sein könnte und man immer erreichbar sein muss. Dadurch, dass das Handy bei den meisten Schülerinnen und Schülern stets in der Hosentasche steckt, ist der Griff zum Handy fast schon automatisiert. So verweilt man im Unterricht oft auf Instagram oder TikTok und verfolgt die neuesten Internettrends, obwohl es klüger wäre, der Lehrerin oder dem Lehrer zuzuhören. Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass diese Reizüberflutung zu einer gedrückten Stimmung bis hin zu psychischen Krankheiten führen kann, worauf im Schulunterricht unbedingt aufmerksam gemacht werden muss. Nur so können Schülerinnen und Schüler lernen, langfristig mit dem Internet und sozialen Medien umzugehen und dabei nicht Gefahr laufen, davon krank zu werden.

Forderungen:

- Ausweitung der Medienkompetenz im Hinblick auf Reizüberflutung, dauerndem Erreichbarsein und damit einhergehenden, psychischen Problemen im Lehrplan verankern.
- Ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sollen erste Ansprechpartner sein können, wenn sich Schülerinnen und Schüler aufgrund von Überforderung durch digitale Medien und Social-Media-Sucht unwohl fühlen.

44. Bildungssystem 2.0

Antrag von: **Sophie Wöhrer**, HLW23 Sta. Chrisitana | **Levi Lansky**, VES Paulinengasse | **Clemens Schütz**, Grg23 Draschestraße | **Janina Gagliano**, BAfEP21 Patrizigasse

Vier Jahre Volksschule, vier Jahre Sekundarstufe I und dann vier oder fünf Jahre Sekundarstufe II: Mindestens zwölf Jahre lang passen wir (fast immer) brav im Unterricht auf, arbeiten mit und schreiben Schularbeiten und Tests. Am Ende dieser anstrengenden Zeit sind wir aber noch nicht ganz fertig: Denn es zählt nur unsere Leistung bei der Matura. Eine Leistung, die oft davon abhängt, wessen Eltern sich die kostspieligen Vorbereitungskurse leisten können und wessen nicht. Eine Leistung, die stark davon abhängt, wie wir uns an diesem Tag fühlen - ob uns schlecht ist oder ob wir vielleicht zu wenig geschlafen haben. Es ist Zeit, dass ein unabhängiges Gremium die Matura evaluiert und endlich darüber nachgedacht wird, wie wir die Matura reformieren und ein für alle Mal fairer machen können.

Selbst wenn wir die Matura geschafft haben, stellt sich immer noch die Frage, was wir mit unserem Leben machen wollen. 82% der Maturierenden haben Schwierigkeiten, zu entscheiden, was sie nach der Matura machen wollen. 42% sind sich über ihre eigenen Interessen unklar, 32% haben Schwierigkeiten sich einen Überblick über die vielen Angebote zu verschaffen und 31% haben Unklarheiten über die eigenen Fähigkeiten. Es gibt zwar Berufs- und Studienmessen, jedoch sind diese oft Werbe-, selten Informationsveranstaltungen. Jede_r Schüler_in verdient es, in diesem Bereich beraten zu werden - Schließlich wird diese Wahl über unser restliches Leben entscheiden. Viele beschließen dann ein Studium zu beginnen. Und auch hier zeigt sich wieder: Die Wertigkeit der Matura ist heute eine andere als früher. Mittlerweile befinden sich 70 Prozent der Studienanfänger_innen in zugangsgeregelten Einrichtungen. Eine absolvierte Matura führt also nicht automatisch zu einem Studium. Die, die es sich leisten können, geben oft mehrere tausend Euro für Vorbereitungs- und Sprachkurse aus. Doch, was ist mit denen, die es sich nicht leisten können? Soll wirklich der Reichtum der Eltern und nicht die eigene Leistung entscheiden, wer die Doktor_innen und Informatiker_innen von Morgen sind?

Forderungen:

- Der Zugang zu Hochschulen muss offen sein.
- Die Zurverfügungstellung von beaufsichtigten Lernräumen an Schulstandorten

Antrag

- Zusätzliche kostenlose Vorbereitungskurse für die Zentralmatura
- Es soll eine kostenlose Bildungs- und Karriereberatung für alle Schüler_innen Wiens geben.
- Langfristig soll die Matura an das Maturakonzept der AK angepasst werden: Maturant_innen sollen künftig ein fächerübergreifendes Abschlussprojekt erarbeiten. Das Maturazeugnis setzt sich aus der Benotung des Abschlussprojekts sowie dem Jahreszeugnis zusammen.

45. Licht an in dunklen Zeiten!

Antrag von: **Florentin Chalupsky**, GRG 6 Rahlgasse | **Miriam Messinger**, GRG 6 Rahlgasse | **Ronja Folie**, GRG 6 Rahlgasse

Mental Health. Seit Jahren reden wir schon über dieses Thema, doch ändern tut sich weiterhin kaum etwas. Lehrpersonen unterrichten uns tagtäglich und durch ihre Sprachwahl werden wir, ob wir es wollen oder nicht, beeinflusst. Nicht nur deren Sprache, sondern auch der Umgang mit dem Thema im Generellen, und das kann äußerst problematisch sein, schon eine kleine Portion Unwissen kann unglaublich schwere Folgen haben. Schluss damit, pack mas an. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen täglich respektlosen Kommentaren und gefährlichem Unwissen ausgesetzt werden, daher fordern wir eine Mental-Health-Offensive an allen Wiener Schulen, und zwar sofort. Wir brauchen Lehrpersonen, die nicht länger im Dunkeln tappen, sondern sich mit unseren Problemen auseinandersetzen. Wir brauchen Möglichkeiten zur Entlastung in Krisenzeiten. Wir brauchen einen respektvollen Umgang mit betroffenen Personen.

Forderungen:

- Implementierung regelmäßiger Schulungen, um Lehrer:innen im Umgang mit mentalen Gesundheitsfragen zu stärken
- Sensibilisierung für die Bedeutung der mentalen Gesundheit bei Abwesenheit von Schüler:innen bei Ausflügen oder Schulveranstaltungen.
- Einführung von Triggerwarnungen und Anerkennung der mentalen Gesundheit als legitimen Grund für das Fehlen von Schüler:innen.
- Klare Richtlinien und Konsequenzen für abwertende oder diskriminierende Äußerungen im schulischen Umfeld.
- Förderung einer respektvollen Sprachkultur und Sensibilisierung gegenüber diskriminierenden Begriffen.
- Einrichtung einer anonymen online Plattform für Schüler:innen, um Bedenken und Vorfälle bezüglich des Verhaltens von Lehrpersonen im Bereich mentaler Gesundheit sowie Diskriminierung zu äußern und zu melden.
- Verbesserung des Zugangs zur Schulpsycholog:in durch anonyme und vertrauliche Beratungsmöglichkeiten.

Antrag

- Erweiterung der Schulärzt:innen-Ausbildung im Umgang mit mentalen Gesundheitsproblemen wie Panikattacken und Essstörungen.

46. Es ist 12: Klimafitte Schulen jetzt!

Antrag von: **Pepe Loibner**, GRG6 Rahlgasse | **Miriam Messinger**, GRG6 Rahlgasse | **Jakob Finley**, HBLFA Schönbrunn

Wir alle wachsen mit der immer größer werdenden Bedrohung des Klimawandels auf. Milliarden von Menschen weltweit und ganze Länder müssen sich anpassen. So auch unser Schulsystem. Um zeitgemäß auf aktuelle Themen einzugehen, ist es dringend erforderlich, dass eine umfassende Aufklärung über den Klimawandel flächendeckend in unserem Schulsystem integriert wird. Die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler, die tagtäglich zur Schule gehen, nicht in der Lage sind, wissenschaftlich anerkannte Fakten zum Klimawandel in Diskussionen gegenüber anderen anzuwenden, stellt eine versäumte Verantwortung des Bildungssystems dar.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in unseren Schulen die nächste Generation ausgebildet wird, eben diese nächste Generation nicht auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten bringt weitreichende Konsequenzen für die Zukunft unserer Gesellschaft mit sich. Schüler:innen müssen nicht nur die Komplexität des Klimawandels verstehen, sondern auch über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems informiert werden.

Es ist an der Zeit, dass unser Bildungssystem eine Vorreiterrolle übernimmt und die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stellt, um eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Klimawandel zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur das Vermitteln von Wissen, sondern auch das Fördern von kritischem Denken, Empathie und Handlungsbereitschaft. Nur so können wir sicherstellen, dass die kommende Generation nicht nur als Opfer des Klimawandels betrachtet wird, sondern auch als aktive Gestalterinnen und Gestalter einer nachhaltigen Zukunft agiert.

Wir sind die erste Generation die die Folgen der Klimaerwärmung zu spüren bekommt und die Letzte die etwas dagegen tun können. Doch während wir in der Schule sitzen und brav lernen, fahren Großkonzerne weiterhin mit der Zerstörung unseres Planeten fort. Unsere Schulen müssen klimafit gemacht werden – und zwar jetzt. Dafür braucht es

Forderungen:

- Die Verankerung von Klimabildung im Lehrplan
- Schulautonomie, damit jede Schule ihre Energiequellen eigenständig regulieren kann
- Eine gesetzliche Verankerung der Umweltsprecher:innen im Bildungssystem
- CO₂ Ausstoß von Schulen durch Änderung des Buffetangebotes senken.

Antrag

- Das Budget einer Schule darf nicht in zukunftsschädigenden Fonds angelegt werden

47. Was, wir haben Rechte?!

Antrag von: **Florentin Chalupsky**, GRG6 Rahlgasse | **Maja Ahrens**, HBLFA für Gartenbau, Schönbrunn

Wir alle kennen unsere Pflichten in der Schule, aber nur die wenigsten von uns haben ähnlich gutes Wissen über ihre Rechte. Nur wer seine Rechte auch kennt, kann sie einfordern! Die Grenzen innerhalb der Schule sind allgemein vage definiert, Benotungen wirken oftmals gewürfelt, Schularbeiten werden nach Belieben wiederholt, Fehlstunden wirken sich oder vielleicht auch nicht auf die Betragesnote aus - all das hat genaue Regelungen; sogar ein Recht auf Mitsprache im Unterricht findet sich im SchUG. Als Schülerinnen und Schüler, die über ihre Rechte nicht aufgeklärt wurden, sind wir innerhalb der Schule machtlos, da wir nicht einmal wissen wenn ein Verstoß vorliegt. Und selbst wenn - was tun? Diesem Nichtwissen muss entgegengewirkt werden, um die Schule zu einem wahrlich gerechten Ort zu verwandeln – daher fordern wir eine grundlegende Aufklärung über uns Rechte in der Schule und wie wir sie einfordern.

Forderungen:

- Verpflichtende Workshops zum Thema Schulrecht, um Schüler:innen mit den relevante Bestimmungen vertraut zu machen
- Eine Anlaufstelle der LSV für schulrechtliche Beratung
- Eine Vertrauensperson an der Schule die für rechtliche Fragen zur Verfügung steht

48. Unterlassene Hilfeleistung

Antrag von: **Florentin Chalupsky**, GRG6 Rahlgasse

Im Ernstfall kommt es auf jede helfende Hand an. Leider fehlt ein flächendeckendes Verständnis für erste Hilfe. Als Bildungseinrichtung ist es die Pflicht einer Schule uns Schüler:innen auf das Leben vorzubereiten. Das gilt auch für medizinische Ersthilfe. Doch hunderttausende Schüler:innen würden derzeit im Ernstfall ratlos zuschauen müssen, sollten sie sich jemals in so einer Situation befinden. Als Schule uns nicht auf den Ernstfall vorzubereiten grenzt an grobe Fahrlässigkeit. Ich habe - in meiner gesamten Oberstufenzeit - keinen einzigen Erste-Hilfe-Kurs erhalten. Damit wir auf eine Zukunft hinarbeiten, in der diese Aussage nicht mehr zutrifft, fordern wir verpflichtende Erste Hilfe Kurse, auch in der Oberstufe.

Forderungen:

- Verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse für Schüler:innen aller Schulstufen

49. Kochunterricht für eine ganzheitliche Schüler:innenentwicklung

Antrag von: **Emil Mollner**, BRG6 Marchettigasse | **Florentin Chalupsky**, GRG6 Rahlgasse

Kochen ist etwas, dass viele Schülerinnen und Schüler nie zu Hause und erst recht nicht in der Schule lernen. Deshalb braucht es in der Unterstufe grundlegende Bildung im Bereich Kulinarik. Diese soll nicht nur kulinarische Fähigkeiten vermitteln, sondern auch das Verständnis für gesunde und nachhaltige Ernährung fördern. Praktische Kocherfahrungen stärken nicht nur die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, sondern können auch nachhaltig in ihren Leben von Vorteil sein.

Forderungen:

- Einführung von verpflichtenden Kochunterricht für alle in der 5. und 6. Schulstufe
- Einführung der unverbindlichen Übung "Gesundes Kochen" in der 7. und 8. Schulstufe

50. Eine Beurteilung so individuell wie wir

Antrag von: **Emil Mollner**, BRG6 Rahlgasse | **Maja Ahrens**, HBLFA für Gartenbau, Schönbrunn

Leistungsbeurteilung erfolgt in der Regel wie die Lehrperson es möchte. Schularbeiten, Wiederholungen und Mitarbeit werden nach Belieben gewichtet, was manchen Schülerinnen und Schülern einen Nachteil gegenüber anderen verschafft, da wir nicht alle dieselben Stärken haben. Ganz im Gegenteil, wir sind alle unterschiedlich und wir sollten nicht alle vom Bildungssystem in die gleiche Schublade gesteckt werden.

Um dem entgegenzuwirken und ein faires Umfeld zu schaffen, braucht es eine individuelle Leistungsbeurteilung. So könnte eine Schülerin die gut in schriftlichen Leistungen ist, angeben, dass Schularbeiten oder Tests beispielsweise 80% ihrer Note ausmachen sollen, ein Schüler, der mündlich besser ist, könnte jedoch seine Mitarbeit stärker zählen lassen.

Forderungen:

- Einführung der Individuellen Leistungsbeurteilung in allen Fächern, ab der 9. Schulstufe, in denen es keine standardisierte Reifeprüfung gibt
- Schülerinnen und Schüler sollen in diesen Fächern anteilsweise wählen können, ob sie vermehrt in punktuellen Leistungen, Mündlicher Mitarbeit oder ihrer Mitschrift beurteilt werden sollen.

51. Taste your words before you spit them out!

Antrag von: **Janina Gagliano**, Bafep21 Patrizigasse | **Sophie Wöhrer**, HLW23

„Ich brauche 3 starke Jungs!“ - Wir alle kennen diesen Satz. „Wir brauchen keinen Sexismus oder andere Diskriminierungen von Minderheiten an unseren Schulen!“ wäre eine passende Entgegnung. Doch aus Angst wird nur selten den Lehrpersonen widersprochen, denn wenn man sie darauf hinweist, gelten die Schüler_innen als vorlaut und unsere eigentlich konstruktiv gemeinte Kritik wird nur belächelt, wenn nicht sogar ganz ignoriert. Es brauchte nur ein Schulsemester und ich kann erneut von mir behaupten, in diesem Schuljahr, bei mehr als nur einem Vorfall, Zeugin von rassistischen, sexistischen, heterosexistischen und anderen diskriminierenden Kommentaren von Lehrpersonen gewesen zu sein.

Im Jahr 2019 waren es 403 übermittelte Diskriminierungsfälle im österreichischen Bildungswesen, aufgrund von Ethnie, Sexismus, Behinderung oder Weltanschauung, laut der Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen. Diese Zahl bezieht aber weder die ungemeldeten Fälle mit ein, noch Diskriminierung in Bezug auf Heterosexismus und bestimmte weitere Bereiche. Circa 40% der Täter_innen machen Lehrpersonen aus und fast drei Viertel der Betroffenen ist die Schüler_innenschaft. Praktisch die Existenz oder Lebensweise eines oft sogar anwesenden Menschen vor einer ganzen Schulklassen in Frage zu stellen, sehen viele Lehrkräfte heute immer noch als Humor an. Ebenfalls dient Diskriminierung der Umschreibungen anderer teils vulgären Ausdrücken. Aber an die Folgen, die diese Kommentare für viele Schüler_innen mit sich bringen, denkt natürlich niemand. Schulangst, psychische Probleme und die negative Beeinträchtigung der schulischen Leistungen sind dabei nur Bruchteile der Auswirkungen von diskriminierenden Aussagen.

„Think before you speak, words can hurt.“ – Ein Spruch, den man besonders in jungen Jahren immer wieder an den Kopf geworfen bekommt, aber wie es scheint, wird dieser vom Großteil der Erwachsenen strikt missachtet. Die Lehrpersonen werfen aus Gewohnheit, ohne über die Bedeutung nachzudenken, aber auch mit vollster Absicht, mit diskriminierenden Begriffen und Aussagen um sich. Das muss sich nun endlich ändern! Daher wäre eine jährliche Fortbildung für alle Lehrkräfte, in der sowohl Erwachsene, als auch jugendliche Personen, für mehr Bewusstsein sorgen und Aufklärung schaffen, eine sinnvolle, aber einfache Lösung, um für weniger Diskriminierung an Bildungseinrichtungen zu sorgen.

Forderungen:

- eine jährliche Fortbildung der Lehrpersonen über: Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Disablismus, Weltanschauung, Antisemitismus, ethnische Zugehörigkeit, Geschlechtsidentität, Mobbing und anderen Diskriminierungen von "Minderheiten" stattfindet
- die Verankerung der Thematisierung von allen Diskriminierungsformen im Lehramtsstudium erfolgt

52. Gleichberechtigung im Klassenraum aber 2024

Antrag von: **Miriam Messinger**, GRG6 Rahlgasse | **Jonna Kropf**, HLTW 13

In einer Zeit, in der die Forderung nach Gleichberechtigung lauter denn je erklingt, ist es von entscheidender Bedeutung, bereits in den Schulen die Grundlagen für ein tieferes Verständnis und eine sensibilisierte Wahrnehmung zu legen. Dieser Antrag setzt sich für die Integration von feministischen Themen in den Schulunterricht ein, um das Bewusstsein für Gleichberechtigung zu schärfen und junge Menschen auf die Herausforderungen unserer Zeit vorzubereiten.

In der Unterstufe wird ein Grundkurs zu Gleichberechtigung, Feminismus und den Auswirkungen des Patriarchats vorgeschlagen. Dieser soll in der Oberstufe durch einen vertiefenden Kurs fortgesetzt werden.

In der Oberstufe sollen ausführliche Unterrichtseinheiten zu Femi(ni)ziden und Gewalt an Frauen* integriert werden. Dies fördert eine vertiefte Auseinandersetzung mit den realen Herausforderungen, denen Frauen weltweit gegenüberstehen, und sensibilisiert für diese Thematik.

Zusätzlich wird die Einführung von Workshops zur Gewaltprävention von externen Fachleuten an Oberstufen-Schulen vorgeschlagen. Diese Experten können durch ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen wertvolle Einblicke vermitteln und den Schülerinnen und Schülern praktische Werkzeuge zur Gewaltprävention mitgeben.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, den 8. März, den Internationalen Frauentag, von Schulen offiziell zu entschuldigen. Dies ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, sich intensiver mit diesem besonderen Tag und seiner historischen Bedeutung auseinanderzusetzen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen trägt dazu bei, ein bewusstes und sensibles Umfeld zu schaffen, das die Gleichberechtigung fördert und Schülerinnen und Schüler für soziale Herausforderungen sensibilisiert. Die Unterstützung und Prüfung dieser Vorschläge werden im Sinne einer fortschrittlichen und inklusiven Schulbildung erbeten.

Forderungen:

- Schulen sollten in der Unterstufe einen Grundkurs gemacht haben zum Thema Gleichberechtigung, Feminismus und den Auswirkungen des Patriarchats. Dieser sollte mit einem zweiten Kurs in der Oberstufe fortgesetzt werden.

Antrag

- In der Oberstufe sollte außerdem die Themen Femi(ni)zide und Gewalt an Frauen* ausführlich im Unterricht durchgenommen werden.
- Zusätzlich sollte es einen Workshop zu Gewaltpräventionen, von einer externen Person, an den Oberstufen-Schulen geben.
- Der 8. März sollte von den Schulen entschuldigt werden, damit sich Schüler:innen mit diesem besonderen Tag und dessen Geschichte befassen können.

53. Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Antrag von: **Farah Denno**, BG13 Fichtnergasse

Wir schreiben das Jahr 2024. Die Schüler:innen Österreichs sind divers. Divers hinsichtlich ihrer Religion, Hautfarbe, Weltanschauung, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung usw. Das ist Realität in unseren Klassenzimmern. Diese Realität kann auch zu Missverständnissen und Konflikten führen, weshalb den Lehrern eine besonders sensible Rolle zukommt. Sie müssen erkennen, wenn gegen das Diskriminierungsverbot an Schulen und in der Gesellschaft verstoßen wird und – noch viel wichtiger – sie selbst dürfen nicht mal ansatzweise Schüler:innen, aber auch sonst niemanden diskriminieren. In Österreich ist es strafbar, wenn jemand zu Gewalt oder Hass gegen Personen aufgrund bestimmter Merkmale aufruft und einen Menschen aufgrund dieser Merkmale beschimpft. Ein Großteil der Vorfälle, in welchen Schüler:innen diskriminiert werden, bleibt aber leider unentdeckt, da manchen Lehrern nicht einmal bewusst ist, dass sie eine Straftat begehen. Das ist inakzeptabel. Ob Lehrer:innen aber für bestimmte Problematiken überhaupt sensibel sind, hängt wiederum eng mit ihrer eigenen Ausbildung zusammen. Leider sind diese Themen im Lehrplan für die Lehramtsausbildung der Sekundarstufe II auch 2024 immer noch nur ein Wahlfach. Angehende Lehrer:innen können sich dieser Themen annehmen oder auch nicht.

Forderungen:

- Menschenrechte und Antidiskriminierung müssen endlich Pflicht in der Ausbildung aller zukünftigen Lehrpersonen werden.
- Derzeitige Lehrer:innen müssen regelmäßig verpflichtende Weiterbildungen in diesen Themenfeldern besuchen.

54. G'scheid Wirtschaften für Alle!

Antrag von: **Mateja Arsenovic**, BORG15 Henriettenplatz

Jeder und jede von uns kennt jemanden, der oder die keine Ahnung hat, wie das Finanzsystem in Österreich funktioniert. Lehrpersonen ärgern sich oft, dass ihre SchülerInnen nicht wissen, wie man ein Konto auf der Bank öffnet. Doch sind es nicht gerade sie, die es den Jugendlichen beibringen sollten? Wir haben zwar an Schulen das Fach Geografie und Wirtschaftskunde, doch das Wirtschaftsthema kommt dabei oftmals viel zu kurz. Ausgenommen von Handelsakademien, werden Schüler:innen kaum wo über unser Finanzsystem aufgeklärt. Viele Jugendliche verlassen die Schule mit dem Wissen, wie Vektoren multipliziert werden, aber ohne dem Wissen, was Brutto und Netto vom Gehalt sind. Das ist ein großes Versäumnis unseres Bildungssystems! Es braucht dringend eine Schwerpunktsetzung auf das Thema Finanzbildung an den Schulen! Geografie und Wirtschaftskunde haben zwar oft Überschneidungen, vor allem an allgemeinbildenden höheren Schulen wird die Lehre der Ökonomie aber vernachlässigt. Workshops zum Thema Wirtschaft werden kaum abgehalten. Es ist auch nicht selten, dass sogar ProfessorInnen wenig Wissen über das zugegebenermaßen komplexe Thema Wirtschaft haben. Deshalb ist es dringend notwendig, sowohl LehrerInnen als auch SchülerInnen das g'scheide Wirtschaften so einfach und verständlich wie möglich näherzubringen.

Forderungen:

- Verpflichtende Workshops zum Thema "Wirtschaft und Finanzen" für Schüler:innen
- Fortbildungskurse für Lehrer:innen zum Thema "Wirtschaft und Finanzen"

55. Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Antrag von: **Pepe Loibner**, GRG6 Rahlgasse | **Ronja Folie**, GRG6 Rahlgasse

30 Stunden. So viel Zeit verbringe ich jede Woche in der Schule. Und genauso viele Stunden in der Woche verbringe ich in einem Unterricht bei dessen Gestaltung ich in keinster Weise mitbestimmen kann. Das muss sich ändern.

Die Schule sollte nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch der Vorbereitung auf die Zukunft sein, ein Ort, an dem wir uns voll entfalten können. Die Tatsache, dass wir in der Schule nicht die Möglichkeit haben, uns zu spezialisieren; uns in bestimmten Bereichen intensiver auf unseren nächsten Bildungsweg vorzubereiten lassen, ist nicht zukunftstauglich. Die Möglichkeit uns in der Schule miteinzubringen und proaktiv zu entscheiden womit wir unsere Tage verbringen ist eine der wichtigste Weichen, die wir für die Bildungswende stellen können. Eine Schule, die diese Möglichkeit nicht bietet, läuft Gefahr, ihre Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend auf die vielfältigen Anforderungen des Lebens vorzubereiten. Hiermit wird außerdem die Eigenverantwortlichkeit der Schüler:innen gestärkt und ihre Selbstständigkeit und Selbstorganisation gefördert. Im Bildungssystem von morgen gibt es keinen Platz für inflexible, starre Stundentafeln – genau deswegen sollten wir jetzt damit beginnen sie zu hinterfragen.

Forderungen:

- Die Möglichkeit ab der Sekundarstufe II die Stundentafel innerhalb eines bestimmten Rahmens mitzubestimmen
- Den Bildungsgrad innerhalb eines Faches durch die Wahl eines von mehreren Kursen zu verändern

56. Macht Diskriminierung Schule?

Antrag von: **Levi Lansky, VES** | **Sophie Wöhrer, HLW23**

Diskriminierung in der Schule ist gerade jetzt wieder ein sehr brisantes Thema. Kleiderordnungen, rassistische Aussagen von Politiker_innen oder die Teuerung, die für noch mehr Schüler_innen zu einer stärkeren sozialen Selektion im Bildungswesen beiträgt. Egal ob es sich um sexistische oder rassistische Aussagen handelt oder die starken Hierarchien, welche eine zusätzliche Belastung für sehr viele Schüler_innen darstellt, Diskriminierung in jeglicher Form darf in wiener Schulen keinen Platz haben.

Klassismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus...alles Dinge die sowohl in unserer Gesellschaft vorkommen als auch in den Schulen. Die Politik will dies meist nicht wahr haben und tut so, als ob diese Probleme kleine und versteckbare Makel im Bildungssystem wären. Die Wahrheit ist: unsere aktuelles Bildungssystem baut auf genau diesen Strukturen auf und tut viel zu wenig, um diese abzubauen.

Am Weg hin zu einer inklusiven und barrierefreien Schule, in die alle gerne gehen und einen effektiven Mehrwert für ihr weiteres Leben ziehen können, gibt es noch viel zu tun. Es braucht einen dringenden Umbau des gesamten Schulsystems, um die Schule zu dem Wohlfühlort zu machen in dem alle die beste Bildung bekommen, sich entfalten können unabhängig von Geschlecht, dem Geldbörserl der Eltern oder der Hautfarbe oder der Religion die Förderung bekommen, die sie benötigen.

Forderungen:

Deshalb beschließt das wiener Schüler_innenparlament, dass:

- Einhaltung der UN Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung
- Einführung einer flächendeckenden Gesamtschule in Wien
- Einrichtung von Kontrollausschüsse für übergreifiges Lehrpersonal
- Namensänderungen im Schulkörper entbürokratisiert wird
- Eine Meldestelle für diskriminierendes Lehrpersonal eingerichtet wird
- Alle wiener Schulen voll barrierefrei gestaltet werden
- Es ein gratis Mittagessen für alle Schüler_innen wiens gibt